



Kostenlos

# Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 229

Wilhelmshaven

August 2007

## Mit geschlossenem Mund...

Stadtrat Jens Graul bezieht Stellung zur Fäkalieneinleitung – S. 6



## Gequirt

Es existieren Planungen für den Neubau von vier Kohlekraftwerken auf dem Rüstersieler Groden. Nähere Informationen über den Megawatt-Clan gibt es auf Seite 3.

Ein Drittel aller Wilhelmshavener Kinder lebt unter dem Existenzminimum. Auf Seite 4 gibt es einen Bericht über eine Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative.

Dr. Jens Graul entpuppt sich als Star der satirischen Magazinsendung "extra 3". Ein Protokoll seines Debüts auf Seite 6.

Auf Seite 7 berichten wir über die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die untersuchte, wie teuer das Wohnen in Wilhelmshaven wirklich ist.

Die letzte Ratssitzung dauerte bis in den späten Abend. Entsprechend umfangreich sind unsere Ratssplitter auf den Seiten 8, 9 und 10.

Was gehört in die Lohntüte? Keine Menschenwürde, meint Lutz Bauermeister. Geld, meint die Linke Alternative – Seite 11

Welche Chancen hat das INSULANUS-Projekt zur Bebauung der Wiesbadenbrücke noch? Wir berichten über hochschlagende Wogen auf Seite 12.

Die Ausstellung "Neuer Nutzen in alten Industriebauten" kann Mut für den Erhalt der Südzentrale machen. Lesen Sie unseren Artikel "Da tu sich was" auf Seite 13.

Wie ist der Sachstand beim JadeWeserPort? Wir berichten auf Seite 14 über "Beschwörungsformeln für den Baubeginn".

Aus der Schule plaudern wir auch in dieser Ausgabe wieder – diesmal auf der Seite 15.

Nachrichten, Meldungen und Termine finden Sie wie immer quer durchs Heft verstreut.

**Titelbild:**  
*grupp|635|caspar/hufenbach*

Gegenwind im Internet:  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

# meldungen

## Mal richtig auf den Putz hauen

können die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung. Da gab es nämlich zum 1. Juli eine Erhöhung des Regelsatzes. 347 € statt wie bisher 345 bekommt jetzt ein alleinstehender Mensch; die Bezüge eines Paares sind von 622 auf 624 € gestiegen; Kinder unter 14 Jahren bekommen jetzt 209 statt bisher 207 €, und Kinder (!) von 14 bis 25 Jahren bekamen eine Erhöhung von 276 auf 278 €. Treibt es nicht zu wild, Mädels! (noa)

## Zwangsrente mit 60

Zum 01.01.2008 entfällt der § 428 aus dem Sozialgesetzbuch III. Er betrifft die sogenannte 58er-Regelung und ermöglicht, dass 58-Jährige dem Arbeitsmarkt "unter erleichterten Bedingungen" zur Verfügung stehen. Mit der Streichung dieser Bestimmung aus dem SGB III haben alle diejenigen, die bis dahin von dieser Regelung keinen Gebrauch gemacht haben, keinen Anspruch mehr darauf. Es ist zu befürchten, dass alle Alg II-BezieherInnen, die ab dann einen Rentenanspruch erworben haben, in Rente gehen müssen – mit oder ohne Abschlüsse. Die betreffenden Erwerbslosen werden dann mit ihrer Verrentung nicht mehr warten können, bis sie Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente haben.

Für den Rentenversicherungsträger bringt das eine gewaltige Einsparung auf Kosten der Arbeitslosen, denn je nachdem, wie viel Zeit bis zum 65. Geburtstag noch verbleibt, senkt diese vorzeitige Zwangsverrentung das Altersruhegeld um bis zu 18 %. Und den Job-Centern wird die Zahlung von Arbeitslosengeld II erspart.

Die ALI rät allen Arbeitslosen, die bis zum 31. Dezember dieses Jahres das 58. Lebensjahr vollenden, dann schnell noch zur Arbeitsagentur bzw. zum Job-Center zu gehen und die "58er-Regelung" abzuschließen. (noa)

## Gärtnern ohne Grenzen

Einen Interkulturellen Garten gibt es seit diesem Sommer in Wilhelmshaven. Auf einer Fläche hinter dem Pumpwerk haben Familien aus Vietnam, der Türkei, dem Libanon, dem Kosovo und anderen ehemals jugoslawischen Staaten und aus Deutschland gemeinsam den Boden urbar gemacht, gesät, gepflanzt und auch schon geerntet. Insgesamt 26 Personen, darunter 15 Kinder, treffen sich dort fast täglich zum Gärtnern und Klönen.

Die Idee dazu entstand vor etwa drei Jahren. Der Initiator (der hier bescheiden ungenannt bleiben möchte) konnte Marianne Janss von der Migrationsberatung dafür begeistern, die engagiert alle zuständigen Ämter im Rathaus mit ins Boot (bzw. Beet) holte. Die Stadt stellte das Grundstück zur Verfügung, Janss besorgte die Gelder für die Infrastruktur wie Zaun und Bauwagen. Zur Einweihung gab es Köstlichkeiten aus allen vertretenen Ländern, und neben dem Oberbürgermeister kamen auch weitere Vertreter aus Politik und Verwaltung.

Das Konzept der Interkulturellen Gärten, das in Deutschland erstmals in Göttingen verwirklicht wurde, besteht darin, Brachflächen in Gemeinschaftsgärten mit ökologischem Anbau zu verwandeln, in denen möglichst vielen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft eine eigene Gartenfläche zur Verfügung gestellt werden kann. So soll in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Deutschen und MigrantInnen ein multikultureller Schrebergarten ohne Zäune entstehen.

In Wilhelmshaven leben fast 3.900 Menschen aus anderen Nationen aller Kontinente, darunter aus mehr als einem Dutzend europäischer Staaten. Viele engagieren sich in eigenen kulturellen Gruppen und Verbänden. Ein Austausch und wirkliches Zusammenleben, auch mit Deutschen, findet bisher nur in geringem Maße statt. Dem interkulturellen Garten wird somit eine wichtige Brückenfunktion zukommen. Bei allen kulturellen Unterschieden hat Gärtnern etwas sehr Verbindendes. Interessant ist es, voneinander zu lernen, wie man auf verschiedenen Wegen zum gleichen Ziel kommt: aus einem Samenkorn, einer winzigen Pflanze selbst gesunde und schmackhafte Nahrungsmittel zu erzeugen, zu ernten, zu verarbeiten, zuzubereiten und (gemeinsam) zu genießen. Der eine bevorzugt die Furche, die andere schwört aufs Hügelbeet. Gemeinsam fährt man in den Baumarkt und erfährt, dass es mehr als eine Technik gibt, um einen wirkungsvollen Zaun gegen Kaninchen zu bauen.

Interkulturelle Gärten gibt es in vielen deutschen Städten. Einige haben auch die Funktion eines "Interkulturellen Heilgartens". Nicht selten haben MigrantInnen traumatische Erlebnisse wie Flucht, Krieg oder sogar Folter hinter sich. Die Arbeit in und mit der Natur, gemeinsam mit Menschen, die biografische Erfahrungen teilen, hilft bei der Bewältigung. Die Beteiligten erfahren menschliche Wärme und eigene Initiative, Kompetenzen werden belebt; sie gewinnen ihre kulturelle Identität zurück. Der Garten ist auch der interkulturelle und soziale Raum, den es ebenso zu "beackern" gilt. (iz)

## Teure Kinder

Und noch einige Informationen kamen rüber auf der ALI-Versammlung vom 10. Juli.

Im Zeichen der Kampagne "Reiches Land – arme Kinder" unternahm die ALI einen Versuch, herauszufinden, wie teuer der Schulbesuch in Wilhelmshaven und Friesland ist. Sie hatte zu diesem Zweck SchulleiterInnen für den 3. Juli eingeladen. So kurz vor Ende eines Schuljahrs haben Lehrkräfte und RektorInnen jedoch wirklich andere Dinge zu tun, und so war dieses Treffen nicht besonders gut besucht. Da sind noch Recherchen zu leisten. Doch ein bisschen was konnte Ernst Taux schon berichten, da die Materiallisten von zwei Grundschulen aus dem Kreis Friesland schon ausgewertet werden konnten. 105 € kostet das Material, das die Kinder an der einen Schule brauchen, an der anderen Schule sind es gar 140 €, die eine Familie vor Beginn des Schuljahrs ausgeben muss, damit ihr Kind alles hat, was es braucht. Diese Zahlen beziehen sich nur auf das, was neben den Schulbüchern zu Beginn des Schuljahrs im Ranzen zu sein hat – der Ranzen selber und Utensilien, die im Lauf des Schuljahrs benötigt werden (Turnschuhe, Sportzeug, Kopierkosten usw.) verursachen noch einmal Kosten von 340 bzw. 309 €. Das sind mehr als zwei Monatseinkommen, die ein Grundschulkind in seinen Schulbesuch investieren muss.

Deshalb wiederholte Taux seinen Appell von der Juni-Versammlung: Alg II-BezieherInnen mit schulpflichtigen Kindern sollen diese Kosten beim Job-Center beantragen und gleichzeitig einen Antrag an die Stadt Wilhelmshaven richten, dass die Schulkosten als Werbungskosten vom Kindergeld abgezogen werden.

Bisher wurden diese Anträge vom Job-Center abgelehnt. Da sollten endlich Gerichtsurteile erwirkt werden. Und dazu muss man den bekannten Weg gehen: Antrag ans Job-Center, die Ablehnung kassieren, Widerspruch einlegen, die Ablehnung des Widerspruchs entgegennehmen und dann Klage beim Sozialgericht erheben. Die ALI hilft bei diesem Weg. (noa)

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,09 %** bei  
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **5,21 %**

Zins p.a.: **5,25 %** bei  
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **5,38 %**

## Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 77 45 43



VERSICHERUNGSGRUPPE



**Herausgeber:** GEGENWIND-Verein  
**Postanschrift:** GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

**Redaktion:** Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl.), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

**Druck:** Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)  
jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 31.07.2007

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonderer Dank geht diesmal an Jochen Martin (jm).  
\*\*\*\*\*

# Kohle machen mit Kohle

## Vier zusätzliche Kohlekraftwerke für den Rüstersieler Groden avisiert.

(jm) Glaubt man Vertretern von Kraftwerksbetreibern des Megawatt-Clans, dann gibt es für die Sicherung unserer Stromversorgung nur zwei Optionen: Atomstrom oder Kohlestrom aus Groß-Kraftwerken. Diese Einstellung überrascht allerdings kaum!

Denn diese bezüglich ihres Wirkungsgrades ineffizienten Stromfabriken haben sich als wahre Euro-Druckmaschinen in den Händen dieses Produzentenoligopols, bestehend aus den Stromkonzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, entlarvt. Und dies soll nach deren Vorstellungen selbstverständlich so bleiben.

Bis zu dreißig neue Kohlekraftwerke sollen gebaut werden – angeblich zur Überbrückung bis zur Umstellung auf regenerative Energien und Kraftwärmekoppelung. Allein vier sollen, mit dem belgischen Stromkonzern Electrabel zusammen genommen, in Wilhelmshaven gebaut werden. Tatsächlich hätte das Stromoligopol bei einer angenommenen Laufzeit von vierzig bis fünfzig Jahren den Strommarkt auf der Grundlage langfristiger bindender Lieferverträge mit Zwischenhändlern wie GEW oder EWE weiter unter Kontrolle. Statt als Überbrückung zu fungieren, würden durch den Bau von neuen Kohlemeilern Fakten geschaffen, die den Umstieg auf die effizientere Kraftwärmekoppelung sowie auf erneuerbare Energien ausbremsen bzw. dem Acht-Punkte-Plan der Bundesregierung (u.a. mehr preisdämpfender Wettbewerb, Reduzierung der Treibhausgase, Ausbau der erneuerbaren Energien) die Spitze nehmen würden. Man kann solche Ziele der energiepolitisch zerrissenen und mit mehr als 100 „Leihbeamten“ aus der Wirtschaft bestückten Bundesregierung also getrost vergessen, wenn die Stromgiganten ihre Kraftwerkspläne mit Hilfe von zuständigen Landesregierungen und Kommunen in die Tat umsetzen. Auf die Politik ist daher wenig Verlass!

Doch die Bürgerinnen und Bürger beginnen sich – übrigens nicht ganz erfolglos wie es scheint – zu wehren: zum einen bundesweit gegen die Abzocke durch selbstherrliche Strompreiserhöhungen und zum anderen örtlich gegen Kraftwerksplanungen an bekannt gewordenen Standorten wie Mainz, Hamburg, Bremen, Krefeld, Lubmin.

In Wilhelmshaven ist es bis auf vereinzelte Stimmen allerdings noch ruhig, obwohl die Stadt schon voll in den Vorarbeiten für die Kraftwerksvorhaben und einen Schüttplatz für Importkohle auf dem Rüstiersieler Groden steckt.

Letzterer soll als Zwischenlager für Importkohle hergerichtet werden. Vorgesehen ist, die aus Übersee angelandete Kohle dort in Eisenbahnwaggons umzuladen und zu Kraftwerken im Binnenland zu transportieren. Mit der Abfahrt von täglich acht Kohlezügen mit bis zu 600 Metern Länge wird gerechnet. Ob das bestehende dicht am Alten Voslapper Seedeich jenseits von Voslapp entlangführende Gleis dafür weiter benutzt oder eine neue Trasse durch das Vogelschutzgebiet im

Voslapper Groden gelegt werden soll, hat die Stadt noch nicht geklärt.

Für den um ein Vierfaches gesteigerten Kohleimport will man die Niedersachsenbrücke fit machen. Mehr als doppelt so große Kohlefrachter als bisher sollen daran anlegen können. Statt bislang rund eineinhalb Millionen sollen dort künftig rund sechs Millionen Tonnen Steinkohle jährlich gelöscht werden. Zur Steigerung der Umschlagleistung ist ein zweiter Kran vorgesehen.

Vom Kohleimport soll ein Anteil von insgesamt 3,5 Millionen Tonnen in dem bestehenden sowie in den zwei vorerst geplanten Kraftwerken auf dem Rüstiersieler Groden verfeuert werden, von E.ON und von Electrabel je eines mit 1.100 bzw. 800 Megawatt (MW)

Feuerungswärmeleistung. Zum Vergleich: Das bestehende Werk

kommt auf ca. 750 MW und verbraucht dafür die o.a.

eineinhalb Millionen

Tonnen. Die beiden

zusätzlichen Kohle-

meiler könnten

schon recht bald

beantragt werden.

Darüber hinaus haben

E.ON und Electrabel die

Option für je einen weiteren

Kraftwerksblock.

Die Electrabel möchte

die Bauleitpläne der Stadt

bis März auf dem Tisch haben,

um (evtl.) schon im nächsten Jahr mit

dem Bau beginnen zu können. Allerdings

muss zuvor u.a. noch ein öffentliches Immissions-

schutzverfahren durchgeführt werden...

Auch die Betreiberin der Niedersachsenbrücke - die Firma Rhenus Midgard - möchte grünes Licht von der Stadt, um (evtl.) mit der Erweiterung eines Kohlezwischenlagers auf dem Rüstiersieler Groden beginnen zu können. Schon am kommenden 1. Januar will sie den Betrieb mit einem Durchsatz von anfangs 500.000 Tonnen pro Jahr aufnehmen. Mittelfristig sollen dort 2,5 Millionen Tonnen pro Jahr zwischengelagert werden.

Trotz dieser umfangreichen Vorbereitungen vor ihrer Haustür scheinen die Rüstiersieler BürgerInnen wohl noch darauf zu warten, dass jemand die Initiative für eine Zusammenkunft ergreift. Immerhin hat sich schon mal eine Bürgerin ein Herz gefasst und ihre Besorgnis in einem WZ-Leserbrief zum Ausdruck gebracht. Ein Anfang?

Zwar gibt die Stadt hinsichtlich zu erwartender Umweltbelastungen Entwarnung und beruft sich dabei auf eine noch in Arbeit befindliche Machbarkeitsstudie: *„Es wird voraussichtlich für die ersten Ausbaustufen von Eon und Electrabel sowie Rhenus Midgard keine Probleme bei der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Werte geben.“* (WZ, 15.07.07)

Doch Machbarkeitsstudien werden für (nicht gegen) ihre Auftraggeber verfasst. Und

selbst wenn die noch vorzulegenden gutachterlichen Belege im grünen Bereich liegen und diesbezüglich unanständig sein sollten, so hieße das lediglich, dass die auf die BürgerInnen zukommenden Störfallrisiken und Immissionsbelastungen mit Lärm, Staub, Abgasen usw. noch als legal gelten bzw. sich im Rahmen der gesetzlichen Zumutbarkeit halten. Eine Wertminderung des Wohneigentums ist in jedem Falle zumutbar.

Es lohnt sich also auch für die direkt Betroffenen, sich beizeiten auf das Kommando vorzubereiten, um den Kraftwerksprotagonisten gewappnet entgegentreten zu können. Auch könnten sonstige, nicht unmittelbar Betroffene schon mal darüber nachdenken, ob sich z.B. Spitzenlast-Gaskraftwerke oder Luftdruckspeicheranlagen besser mit der schon bald in der Nordsee installierten Windenergie ergänzen als neue, nur für die gleichmäßige Grundlastversorgung geeignete Kohle- oder gar Atomkraftwerke. Oder ob man statt dieser teils klimaschädlichen, teils gemeingefährlichen Großtechnologie wesentlich energieeffizientere Blockheizkraftwerke unter Einsatz von Erdgas- oder Biobrennstoffen bauen sollte. Aus unserem Rathaus ist wohl nichts dergleichen zu erwarten.

Die hiesigen Kraftwerksplaner gehen übrigens davon aus, dass der Kühlwasseraustausch der Kraftwerke weiter über die Jade stattfinden kann. Dabei wird es schon für das bestehende Kraftwerk bei Realisierung des JadeWeserPorts eng. Denn das in die Jade zurückgepumpte erwärmte Kühlwasser kann dann bei Ebbsstrom nur noch ungenügend abfließen, wodurch die Temperatur am Kühlwassereinflauf am Rüstiersieler Deich ansteigt. Dies kann dann in Sommermonaten zu Kraftwerksabschaltungen führen. Zwar haben die E.ON und die JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft angeblich eine Lösung für das Problem gefunden – durch zusätzliche Baumaßnahmen, mehr ist nicht bekannt.

Auch insoweit dürfte es für die mitdenkenden BürgerInnen interessant sein, wie die Abwärmeprobleme der neuen Kraftwerke gelöst werden sollen, falls das hinzukommende erwärmte Wasser nicht in die Jade zurückgepumpt werden kann.

Vielleicht wäre es ja möglich, stattdessen

- ◆ ein Fernwärmenetz aufzubauen oder
- ◆ durch einen Kühlwasseraustausch mit dem zukünftigen Flüssiggas-Terminal gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, denn der Terminal braucht dann nicht extra ein Wärmekraftwerk für die Verdampfung des Flüssiggases zu errichten.

Auf einem Scoping-Termin wurde jedoch von der Electrabel zur Diskussion gestellt, den Wärmeüberschuss des Kesselwassers ihres im nördlichen Teil des Rüstiersieler Groden geplanten Werks über einen riesigen Kühlturm abzuleiten. Der Betrieb von Kühltürmen bringt neben dem unschädlichen, aber weithin sichtbaren weißen Wasserdampf allerdings zusätzliche Lärmbelastungen mit sich. Und das in so großem Maß, dass nur unter Schwierigkeiten die gesetzlichen Grenzwerte in Teilen von Rüstiersiel und Voslapp eingehalten werden können.

Es wäre daher kaum falsch, den Planern beizeiten auf die Finger zu schauen, um sich gegen eventuelle Zumutungen der Vorhabensträger sachgerecht zur Wehr setzen zu können. □



# Kinderarmut in Wilhelmshaven

## Ein Drittel alle Wilhelmshavener Kinder lebt unter dem Existenzminimum

(noa) Zwei Gäste waren am 10. Juli bei der Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Michael Bättig von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) erklärte, wie arm wie viele Wilhelmshavener Kinder sind, und Carsten Feist, Leiter des Jugendamtes der Stadt Wilhelmshaven, bestätigte seine Angaben.

Laut "Frankfurter Rundschau" vom 12.05.07 sagen Sozialexperten, dass ein 10-jähriges Kind für 4 € am Tag essen und trinken muss. Doch der Alg II-Regelsatz sieht für ein Kind unter 14 Jahren täglich nur 2,27 € für Essen und Trinken vor. Davon sind 0,79 € für das Mittagessen vorgesehen – doch ein Mittagessen in der Schule kostet zwischen 2 und 4 €.

438 € kosten die Schulmaterialien für ein 13-jähriges Kind nach Angaben des Verbandes allein erziehender Mütter und Väter – 0,00 € sind für diesen Zweck im Regelsatz enthalten.

Der Regelsatz wurde zum 1. Juli geringfügig erhöht (sh. Meldung auf Seite 2). Doch wie wurde er eigentlich berechnet und festgelegt?

### Neue Berechnungsweise senkte die Sätze

1998 erfolgte eine Umstellung vom bis dahin gebräuchlichen "Warenkorb" zum sog. Statistikmodell. Für dieses werden die Verbrauchsgewohnheiten der 20 % Haushalte mit dem geringsten Einkommen ermittelt und alle fünf Jahre in der "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe" (EVS) aktualisiert. Die EVS von 1998 ergab einen Satz von 322 €, der zum 01.01.2005, dem Tag des Inkrafttretens von Hartz IV, auf 345 € hochgerechnet wurde.

Was ist falsch an der neuen Bemessungsweise? Ein großer Kritikpunkt daran ist die Tatsache, dass den "unteren" 20 % der Haushalte zu einem großen Teil Rentner und Rentnerinnen angehören, und deren Verbrauchsgewohnheiten lassen sich auf jüngere Menschen nicht so einfach übertragen. So geben die alten Leute nachweislich weniger Geld als Berufstätige für Verkehrsmittel, für ihre Ernährung, für die Freizeit, für Kommunikation und für Bekleidung aus. Vor allem geben sie entschieden weniger Geld als Schulkinder für Schulmaterial aus!

In der Regelsatzbemessung gibt es "Abteilungen" von Ausgaben. In der neuen Re-

gelsatzbemessung wurden die Abteilungen (02) = alkoholische Getränke und Tabakwaren und (10) = Bildungswesen ganz gestrichen. Das ist der zweite große Kritikpunkt an der neuen Berechnung.

Und der dritte Kritikpunkt betrifft die Verschlechterungen gegenüber der früheren Sozialhilfe: So wurden die Weihnachtsbeihilfe und der Kindergeldfreibetrag gestrichen, die prozentualen Anteile für Stromkosten, Telefon, Freizeit und Genussmittel wurden abgesenkt, und die Kontoführungsgebühren und die Zahlungen im Gesundheitswesen wurden nicht in voller Höhe übernommen.

Und so bedeutet der Regelsatz konkret zum Beispiel, dass eine Familie, bestehend aus Mutter, Vater und zwei Kindern unter 14 Jahren, ganze 2,65 € zum Frühstück und je 4,74 € für das Mittag- und das Abendessen ausgeben kann – mal 'n Apfel oder 'n Fruchtjoghurt zwischendurch fällt sowieso aus. Und den Apfel oder den Joghurt zwischendurch braucht ein Schulkind eigentlich schon.

### Bei Kindern wurde noch mehr gesenkt

Der Regelsatz für Kinder wird vom Eckregelsatz abgeleitet. Und auch hier wurde eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem alten Sozialhilferecht vorgenommen: Betrug die Regelsätze vor Hartz IV für 7- bis 14-Jährige 65 % und für 14- bis 18-Jährige 90 % des Eckregelsatzes, so wurden mit Hartz IV für die 7- bis 14-Jährigen nur noch 60 %, für die 14- bis 18-Jährigen nur noch 80 % des Eckregelsatzes berechnet. In absoluten Zahlen dargestellt wird das noch deutlicher: Die 207 € (vor der Erhöhung auf 209 € zum 01.07.2007) für ein 7- bis 14-jähriges Kind (in denen 16 % einmalige Beihilfen schon enthalten sind), stehen einem Betrag von 230,40 € (192 € + 20 % einmalige Beihilfen) nach dem alten Sozialhilferecht gegenüber; es gab also eine Kürzung um 23,40 €. Bei den 14- bis 18-Jährigen wurde um 37,20 € gekürzt.

### Ausmaß der Kinderarmut hier

Im Juni 2007 gab es in Wilhelmshaven 6.314 SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit 11.126 Personen. 8.697 dieser Personen sind erwerbsfähig; die anderen erhalten Sozialgeld. 1.748 Erwerbsfähige sind unter 25 Jahre alt. 1.122 Personen sind allein erziehende Mütter oder Väter.

Oder eine andere Betrachtungsweise: Wir haben in Wilhelmshaven 1.398 Bedarfsgemeinschaften mit mehr als 2.320 Kindern unter 15 Jahren. Das bedeutet: Mehr als 23 % aller Wilhelmshavener Kinder leben von Sozialgeld.

23 %? Hat nicht die "WZ" vor einiger Zeit einen höheren Prozentsatz genannt? Hat sich damals Frau Große Bockhorn versehen? (sh. dazu GW 200)

### Versteckspiel mit armen Kindern

Michael Bättig kommt zu einer anderen Antwort, und er formuliert sie als Frage: "Verstecken spielen mit armen Kindern?" Und er zeigt ein paar interessante Tabellen. Da gibt es eine, die für Niedersachsen insgesamt sowie für einige ausgewählte Städte, darunter Wilhelmshaven, für Juli 2005 die absolute Zahl der Alg II- und Sozialgeld-BezieherInnen, ihren Prozentanteil an der Bevölkerung, die absolute Zahl der unter 15-jährigen Sozialgeld-BezieherInnen und ihren prozentualen Anteil an ihrer Altersgruppe ausweist, und dazu eine entsprechende für Dezember 2006. In einer dritten Tabelle sind die Angaben beider vorheriger Tabellen zusammengefasst auf einen Blick abzulesen. Und da eröffnet sich etwas ganz Seltsames!

Im Juli 2005 bezogen 11.275 Menschen aus Wilhelmshaven Leistungen nach dem SGB II, das waren 13,3 % der Bevölkerung. Von den unter 15-Jährigen bezogen 3.145 Sozialgeld, das waren 27,9 % aller Wilhelmshavener Kinder unter 15.

Bis Dezember 2006 war die Zahl der Alg II- und Sozialgeld-BezieherInnen auf 11.442 gestiegen, doch unter ihnen waren nur noch 2.417 Kinder bis 15; diese jungen Sozialgeld-BezieherInnen nahmen nur noch einen Anteil von 23 % ihrer Altersgruppe ein. Wo sind diese ganzen bedürftigen Kinder geblieben?

Dieses wundersame Verschwinden von 782 jungen Mitmenschen erklärt sich nicht durch ihr Heranwachsen. Es kommen ja immer Kinder nach. In den anderen Städten, für die Michael Bättig die Zahlen zusammengestellt hat, findet ein derartiger Schwund an jungen Menschen denn auch nicht statt. In Delmenhorst, Emden, Salzgitter, Oldenburg, Braunschweig, Osnabrück und Wolfsburg steigt ihr Anteil an ihrer Altersgruppe um 7 bis 22 %, ihre Zahl um 2 bis 38 % an. Lediglich in Wilhelmshaven sinkt ihr Anteil an allen Gleichaltrigen in diesem Zeitraum um 23,14 %, ihre Zahl um 4,9 %, und das, obwohl die Zahl der SGB II-"Fälle" insgesamt um 1,5 % steigt.

### Es sind tatsächlich mehr

Bättig lieferte keine Erklärung für das erstaunliche Verschwinden von Hunderten von Kindern aus offiziellen Statistiken. Wir haben darüber eine Spekulation, die wir an anderer Stelle in dieser Ausgabe nennen. Michael Bättig holt einfach die aus der Statistik gestrichenen Kinder wieder rein und stellt fest: Mehr als 3.300 Kinder unter 15 Jahren leben in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, d.h.: Mehr

*Jonathan*



*Naturkost*

Wissen Sie, was ein Kunde über unseren Laden gesagt hat? Er sagte, das wäre ein

**Wohlfühladen!**

Stimmt! Wir fühlen uns hier auch wohl.

Und wir fanden das so schön, dass wir jetzt damit werben!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

als 30 % aller Wilhelmshavener Kinder bis 15 müssen vom Sozialgeld-Regelsatz leben. Und auf diese Zahl muss sich die Kommunalpolitik unserer Stadt auch für die nächsten Jahre einstellen.

## Worte und Taten

“Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gibt es keine wichtigere Aufgabe als die zugewandte, verlässliche und kompetente Unterstützung aller Kinder, die in dieser Gesellschaft hineinwachsen”, sagt die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Bätting schlägt vor, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Auch auf kommunaler Ebene kann etwas getan werden. So könnten kommunale Initiativen für menschwürdige Regelsätze gestartet werden. Der Rat müsste in diesem Sinne Resolutionen verabschieden und an den Gesetzgeber richten. Das Job-Center könnte die Kosten für Schulmaterialien als Werbungskosten anerkennen. Dazu, entsprechende Anträge zu stellen, hat Ernst Taux bei der Juni-Versammlung der ALI aufgerufen (vgl. GW 228, “Amtsmissbrauch”). Die Stadt könnte einen Fonds für Schulmaterial für Hartz IV-Kinder einrichten – einige Kommunen in näherer und weiterer Umgebung von Wilhelmshaven haben das getan. Und das Mittagessen in ganztägigen Schulen und vorschulischen Einrichtungen sollte kostenlos sein. Das wären, so Bätting, sinnvolle Investitionen des Wilhelmshavener Haushaltes für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

## Kein Widerspruch

Irgendwie scheint man bei der ALI darauf gefasst gewesen zu sein, dass Jugendamtsleiter Carsten Feist als leitender kommunaler Angestellter das Ausmaß der Kinderarmut in Wilhelmshaven, das Michael Bätting berechnet hatte, anzweifeln würde. Man ließ diesen mit seinem Vortrag erst beginnen, als jener, der noch einen anderen Termin wahrnehmen musste, angekommen war. Doch da gab es keinen grundsätzlichen Widerspruch. Feist hatte z.T. andere Quellen genutzt und war auf 3.221 Kinder/Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren Kinder gekommen, die “Sozialhilfe” erhalten.

Und noch in einem weiteren Punkt knüpfte Carsten Feist an Bätting an: Zwar gibt es noch keinen kommunalen Fonds für Schulmaterialien, doch z.B. an der Grundschule, an der er Elternvertreter ist, wurde ein entsprechender Fonds von Eltern eingerichtet.

## Arme Kinder – Fälle für das Jugendamt?

Das Wilhelmshavener Jugendamt, das Feist seit etwas über einem Jahr leitet, verfügt über 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gibt jährlich ca. 17 Mio. € für seine Aufgaben aus. 40 verschiedene Leistungen (“Produkte” heißen diese auf Neudeutsch) erbringt die Behörde, und für die, die immer noch glauben, das Jugendamt wäre die Stelle, die den Eltern die Kinder klaut, sei hier auf einige Zahlen hingewiesen:

Relativ große Ausgabenposten sind die Vollzeitpflege mit 1,7 Mio. € /Jahr und die Heimerziehung mit 3,4 Mio. € /Jahr, doch da diese Leistungen für den Einzelfall sehr kostspielig sind, steckt dahinter eine sehr viel kleinere Fallzahl als beim größten einzelnen Posten, den Tageseinrichtungen für Kinder, für die die Stadt 4,5 Mio. € /Jahr ausgibt.

Und doch ist die Zahl der Heimunterbringungen von 44 am 01.01.2004 auf 79 am 01.10.2005 beträchtlich gestiegen. Gründe für die Unterbringung eines Kindes in einem Heim sind problematisches Sozialverhalten des Kindes, Trennung oder Scheidung der Eltern, Lern- und Leistungsprobleme, Entwicklungsstörungen oder Vernachlässigung durch die Erziehungspersonen, und, so Feist: In 21 von 25 Fällen geht es um Kinder eines allein erziehenden Elternteils, und in 21 von 25 Fällen handelt es sich um Familien, die von sozialen Transferleistungen leben.

Hier schließt sich der Kreis: Kinderarmut ist schädlich für die Kinder und für die Gesellschaft. Und sie ist teuer! Vor diesem Hintergrund konnten die ZuhörerInnen am 10. Juli die Vision von Carsten Feist nachempfinden. Er wünscht sich, dass Prävention sich nicht mehr als Geldvernichtungsmaschine rechtfertigen muss, sondern dass sie als investiver Bestandteil des Haushaltes betrachtet wird.

Zu den einzelnen Präventionsprojekten des Wilhelmshavener Jugendamtes gibt es in einer der nächsten Ausgaben des Gegenwindes einen gesonderten Artikel. □

## Verschollen

### oder: Wie man 782 junge Menschen verschwinden lässt

Im Beitrag “Kinderarmut in Wilhelmshaven” in dieser Ausgabe berichten wir darüber, dass in Wilhelmshaven irgendwann zwischen Juli 2005 und Dezember 2006 die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II, also Kinder, die von Sozialgeld leben, statistisch stark gesunken ist. Da diese Kinder ja nicht alle schlagartig erwachsen geworden, weggezogen oder verstorben sein können, muss man sich schon fragen, wo sie abgeblieben sind. Existieren werden sie bestimmt noch, und zwar, da die Zahl der erwachsenen Hartz IV-Betroffenen nicht entsprechend gesunken, sondern sogar leicht angestiegen ist, nach wie vor in Wilhelmshaven. Und wir haben eine Idee, warum und wie sie aus der Statistik verschwunden sind.

Im letzten Gegenwind berichteten wir im Ar-

tikel “Amtsmissbrauch” von einem Dreh des Job-Centers, seine Ausgaben zu Lasten einer anderen öffentlichen Kasse zu senken: Eltern minderjähriger Kinder, die Kindergeld, Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss bekommen, werden aufgefordert, für das Kind Wohngeld zu beantragen. Das Hartz IV-Gesetz schließt den Wohngeldbezug für Alg II- oder Sozialgeld-BezieherInnen ausdrücklich aus, da diese Menschen ja die Kosten der Unterkunft (in “angemessener Höhe”, also nicht unbedingt voll, aber eigentlich, wenn es in Wilhelmshaven einwandfrei zugeht, doch in voller Höhe) erstattet bekommen. Wir nannten es in diesem Artikel “Nötigung zum Rechtsbruch”, wenn Hartz IV-EmpfängerInnen diese Aufforderung bekommen. Außerdem hatten wir keine Ahnung, wie viele “Fälle” durch diese nach Ansicht des Sozialrechtlers Alfred Kroll illegale Praxis aus der Statistik und dem Sozialgeldbezug eliminiert wurden und werden. Nun halten wir es für sehr wahrscheinlich, dass die Tabellen, die Michael Bätting am 10. Juli an die Wand geworfen hat, diese Frage beantworten. (noa)

## Große Chancen für kleines Geld

heißt eine Initiative, die aus der Veranstaltungsreihe zum Thema Kinderarmut im März dieses Jahres hervorgegangen ist. Unter diesem Motto können Patenschaften übernommen werden, um bedürftigen Kindern die Teilhabe an grundlegenden, aber kostenpflichtigen Aktivitäten zu ermöglichen, die für eine seelisch und körperlich gesunde Entwicklung unabdingbar sind. Die Initiatorin Christa Marxfeld-Paluszak stellte jetzt ein Infoblatt vor, das mit Unterstützung des Jugendamtes unter Leitung von Carsten Feist entwickelt wurde. Beispiele für solche Beiträge sind:

- ◆ jährlich - Mitgliedschaft im Sportverein (60 €), Musikschule (200 €) oder Zeitungsabo (100 €)
- ◆ monatlich - Essensgeld im Kindergarten (40 €), Nachhilfeunterricht (80 €)
- ◆ einmalig - Klassenfahrt (250 €), Theaterrabo (70 €), VHS-Kurs (ab 10 €).

Es gibt aber auch zahlreiche andere Hilfsmöglichkeiten. Wer Patin oder Pate werden möchte, überweist den genannten Betrag unter Angabe der Zweckbindung auf das folgende Spendenkonto: Treuhandkonto WIKI, Sparkasse WHV, BLZ 28250110, Ktonr. 32073900.

Vom Sozialen Dienst der Stadt mit Unterstützung des Jugendamtes und in Absprache mit den Eltern wird ein Kind, dessen Interes-

sen sich mit der Entscheidung des Paten decken, ausgewählt. Die PatInnen bekommen vom Sozialen Dienst auf Wunsch Auskunft über den Verbleib des Geldes. Mit Zustimmung der Eltern kann der Kontakt zu dem Kind hergestellt werden, wenn dies gewünscht ist.

Anm. d. Verf.: Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass Kinder bzw. deren Eltern sich die genannten Bedürfnisse leisten können. Ganz besonders, wenn es sich um Existenzielles wie Essen handelt; aber auch Bildung und Sport sind für eine menschenwürdige Entwicklung unabdingbar. Staat und Gesellschaft dürfen deshalb nicht aus der Pflicht entlassen werden, dies sicherzustellen, ohne dass die betroffenen Familien auf Almosen angewiesen sind. Der Kampf gegen die unsägliche “Sozial”-Gesetzgebung der Bundesregierung und die zynischen Forderungen der Arbeitgeber (nach immer weiterem Lohnverzicht und Verlängerung der Arbeitszeit auf Kosten des Familienlebens) muss weitergehen! Gleichzeitig muss der aktuell betroffenen Generation von Kindern aber geholfen werden. Und so ist es begrüßenswert, dass aus den Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema Kinderarmut auch konkrete Hilfsaktionen hervorgehen. (iz)

Weitere Informationen zur Initiative “Große Chancen für kleines Geld” erhalten Sie bei Christa Marxfeld-Paluszak unter Tel. 04421-367873 / marxfeld-paluszak@t-online.de

# Gequirrt

## Jens Graul glänzt in Satiresendung

(hk) Das wurde ja auch mal Zeit: Endlich gab das Deutsche Fernsehen der Stadt Wilhelmshaven die Möglichkeit, den unsinnigen Verleumdungen der Kaiserlichen KanalarbeiterInnen über die Einleitungen ungeklärter Abwässer in die Jade öffentlich zu widersprechen. Wegen der Brisanz des Themas haben wir uns die Mühe gemacht, den am 12. Juli 2007 ausgestrahlten Beitrag Wort für Wort zu dokumentieren.



Moderator Thomas Pommer (*im Studio vor einer großen Landkarte der deutschen Nordseeküste*): In dieser Woche haben uns unsere Recherchen nach Wilhelmshaven verschlagen – ein verschlagenes Städtchen hier an der Nordsee. Und das Wasser, was Sie hier sehen, das ist der Jadebusen. (...) Wenn man dort baden geht, dann sieht man nicht nur Wellengang, sondern auch Stuhlgang, und das ist ziemlich scheiße. Von der Kot'azur Norddeutschlands: Britta von der Heide.

### Szene: Der Südstrand

Moderator: Hmmmm ... Haaaa... Diese Luft, das Meer, einfach wunderschön, die Küste von Wilhelmshaven. (*Szenenwechsel: Büro von Umweltdezernent Jans Graul. Jens Graul kommt hinter hohen Aktenstapeln zum Vorschein*) Unermüdllich setzt sich für diese Natur ein: Umweltdezernent Jens Graul. Sein Motto "Respectez la Mer" - "Achtet das Meer".



**Jens Graul:** Wilhelmshaven bietet den einzigen Südstrand an der deutschen Nordseeküste. Das ist ein Privileg unserer geographischen Lage.

### Szenenwechsel: Südstrand, Jadebusen

Moderator: Was könnte einen da noch von einem Bad in der Nordsee abhalten?

**Badegast:** Das letzte Mal, als ich da reinging, da war es braune Soße, die um mich herum schwamm, eine Slipenlage schwamm vorbei. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie schnell ich wieder draußen war.

### Szenenwechsel: Brodelndes Jadewasser am Banter Siel

Moderator: Ja, das kommt häufig vor und ist ganz schnell erklärt: Wenn die Kläranlage voll ist, leitet die Stadt das ungeklärte Schmutzwasser in die Nordsee, hier direkt neben dem Badestrand. Und im ungeklärten Schmutzwasser sind natürlich auch Fäkalien. Klar!

### Szene: In Jens Grauls Büro

Moderatorin: Wenn die Fäkalien rauslaufen,

sind die eigentlich in Gänze oder sind die gequirrt?

**Jens Graul:** Gute Frage. ... es sind Kolibakterien.

Moderatorin: Gequirrte Fäkalien?

**Jens Graul:** Ja.



### Szene: Banter Siel, Auslass der Kläranlage

Moderator: Die Stadt leitet ja nicht so oft Fäkalien in die Nordsee. Heute zum Beispiel nur drei Mal. Das wären im Jahr dann insgesamt ... drei Mal dreihundert .. Na ja, ist ja jetzt auch egal.

**Bürgerin:** Wenn die Stadt sagt, Wilhelmshaven soll Erholungsgebiet sein und dann so etwas ...

### Szene: Brodelndes Meer am Banter Siel

Moderator: "So etwas" ist doch was ganz Natürliches. Das kennen wir doch alle. Das ist doch nicht gefährlich. Stimmt's?

### Szene: In Jens Grauls Büro

Moderatorin: Die Fäkalieneinleitung an sich – ist das eigentlich gesundheitsgefährdend?

**Jens Graul:** Nein!

### Szenenwechsel: Professor Ralf Otterpohl von der TU Hamburg

**Otterpohl:** Bei uns ist sicher nicht Cholera im Vordergrund. Das wäre eher so, dass halt Leute eine Amöbenruhr kriegen, Salmonellenerkrankungen, Durchfallerkrankungen. Die können auch sehr heftig sein. Es gibt da auch Krankheiten, die durchaus lebensbedrohlich sind.

### Szene: Wasser mit Schaumkronen treckt an den Jadestrand.

Moderator: Nun, wer das Bad in aufgelösten Fäkalien scheut, sollte einfach die Einheimischen beobachten. Wenn sie aus dem Wasser gehen, sollte man das schleunigst auch tun.

### Szene: In Jens Grauls Büro

**Jens Graul:** Ja, die Einheimischen richten sich nach den Möwen. Wenn die Möwen im Wasser sind, dann gibt's da irgendwas.

### Szene: Möwen über der Jade

Moderator: Irgendwas Braunes, Organisches – das lieben Möwen nämlich – das wissen natürlich nur die Einheimischen. (**Szene: Schwimmerin verlässt das Wasser**) Deshalb hat Wilhelmshaven extra für die unerfahrenen Touristen ein raffiniertes Warnsystem konstruiert.

### Szene: In Jens Grauls Büro

**Jens Graul:** Da wird eine rote Fahne hochge-

zogen – am Badegebäude hochgezogen und dann weiß jeder: Achtung! Nicht baden!

Moderatorin: Und weiß denn jeder auch, warum?

**Jens Graul (nickt):** Ja – das sind internationale Signale.

### Szene: Eine rote Fahne weht am Mast der DLRG

Moderator: Wer dieses international übliche Signal für Fäkalieneinleitung ignoriert, sollte zumindest, wie international üblich, den Mund beim Schwimmen fest verschließen.

### Szene: In Jens Grauls Büro



**Jens Graul:** Ich weiß gar nicht, wer auf die Idee kommt, mit offenen Mund zu schwimmen. Hüü – ich versuch mir das gerade vorzustellen. (*Szene Schwimmer am Südstrand*) Ich glaube, selbst Seehunde halten das Maul geschlossen beim Schwimmen. (*wieder in Grauls Büro*) Also, die einzigen, die mit offenen Mund schwimmen, sind Fische.

### Szene: Fischkutter im Hafen

Moderator: Und die Fische haben sich noch kein Mal beschwert. Es sind einfach nur weniger im Netz. Selbst die Fischer haben nichts gegen Fäkalien in ihrem Jadebusen.

### Szene: In Jens Grauls Büro

**Jens Graul:** Bislang haben die da keine Probleme.

### Szene: Fischer Karl-Heinz Rostek

**Rostek:** Wenn dann die Netze hochgehievt werden, dann ist das so eine starke ätzende Angelegenheit, dass man da richtig schwindelig von wird und krank, und das riecht dermaßen nach verfaulte Eier – das ist dann wirklich unangenehm.

### Szene: Auslass Banter Siel

Moderator: Ja gut, das ist kein Rosenwasser. Der Geruch erinnert eher an ... schnupper schnupper ääh ... an äh ... an ... gequirrte Scheiße.

### Szene: In Jens Grauls Büro

**Jens Graul:** Der Begriff gequirrte Scheiße, ähem, erweckt den Eindruck ... einen anderen Eindruck als der, der Realität ist.

Moderatorin: Was ist denn die Realität?

**Jens Graul:** Die Realität ist, dass das aus den genannten Gründen schon so hoch verdünnt ist, dass Sie das gar nicht als eine besondere Substanz im Wasser werden wahrnehmen können.

Moderatorin: Aber es ist doch gequirrte Scheiße?

**Jens Graul:** Ja, aber es gibt keine Färbung, es gibt gar nichts. Wenn es keine Mikroskopie und Labors gäbe, würde man gar nicht wissen, dass es dort ist.

Moderatorin: Aber es ist dort!

**Jens Graul:** Ja, aber es ist nicht sichtbar.

Moderatorin: Okay. Dann ist ja alles gut.

### Szene: Südstrand

Moderator: Alles gut in Wilhelmshaven! Hier ist die Natur noch natürlich, die Möwen satt und die Scheiße ... gequirrt. □

# Unterschiede

## So billig, wie die Stadt behauptet, ist das Wohnen hier nicht

(noa) "Dauerbrenner" hieß in der Ausgabe 223 unser Artikel zum Thema Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Betroffene. Wir berichteten damals über eine kurz zuvor gegründete Arbeitsgruppe, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, herauszufinden, wie teuer Wohnraum in Wilhelmshaven tatsächlich ist.

### Hintergrund dieses Vorhabens

war die Tatsache, dass beim Job-Center Wilhelmshaven Höchstgrenzen für die Kosten der Unterkunft festgelegt sind, die Hartz IV-EmpfängerInnen bewilligt bekommen. Nach diesen Höchstgrenzen hatte sich die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI) im Frühling 2006 artig beim Rat der Stadt erkundigt und einige Zeit später auch eine Antwort bekommen, die wir in unserer Ausgabe 217 dokumentiert haben. Demnach betragen die "angemessenen" Kosten der Unterkunft für eine allein lebende Person 252 €, für zwei Personen 316 €, für drei Personen 372 €, für vier Personen 472 €, für fünf Personen 575 €, und für jede weitere Person kommen 65 € hinzu. Zwischenzeitlich gab es in diesem Preisgefüge Änderungen um wenige Euro nach oben oder unten, so dass die Zahlen vielleicht jetzt nicht mehr genau stimmen. Aber wenn wir heute die momentan gültigen Zahlen einholen würden, könnte es gut angehen, dass sie beim Erscheinen dieser Ausgabe schon nicht mehr stimmen. Und eigentlich ist die genaue Höhe auch völlig egal, weil sie auf jeden Fall zu knapp bemessen ist.

Wer unsere Berichterstattung über Hartz IV einigermaßen regelmäßig verfolgt, weiß, dass die Mietobergrenzen, die die Stadt Wilhelmshaven als Partnerin der Arbeitsagentur im Job-Center festgelegt hat, keiner gerichtlichen Überprüfung standhalten. In mehreren Einzelfällen hat das Sozialgericht Oldenburg dem Job-Center auferlegt, Unterkunftskosten in Höhe der in der Wohngeldtabelle genannten Werte zu erstatten. In anderen Fällen musste das Job-Center die tatsächlichen Unterkunftskosten tragen. Im November 2006 befasste sich auch das Bundessozialgericht mit der Frage der Angemessenheit der Miethöhe und gestattete es den Städten und Kreisen, in denen es keinen gesetzlichen Mietspiegel gibt, eigene Ermittlungen über Miethöhen anzustellen, und den Job-Centern, die Ergebnisse dieser Ermittlungen bei der Bewilligung von Alg II als Maßstab zu nehmen.

### Position bestätigt?

Das BSG-Urteil – oder das, was vor seiner Veröffentlichung in Schriftform daraus in der Presse wiedergegeben wurde – bestätigte scheinbar die Position der Stadt Wilhelmshaven und damit des hiesigen Job-Centers, dass die oben genannten Miethöhen reichen müssten. Während der Wartezeit auf die Schriftfassung des BSG-Urteils wurde aber von verschiedenen Sozialgerichten schon deutlich gesagt, dass ein "Mietspiegel Marke Eigenbau" doch gewissen Kriterien genügen muss – denen die Erhebungsmethoden der Stadt Wilhelmshaven aber mitnichten genügen.

Und neuerdings gibt es eine Reihe von Sozialgerichtsentscheidungen, die in Fällen, in denen kein gesetzlicher Mietspiegel als Beleg für die bewilligten KdU vorliegt, die Werte aus der Wohngeldtabelle plus 10 % als angemessen beurteilt haben.

### Unberührt

von diesen Aufwands und Abs der Auseinandersetzung um die Angemessenheit der Unterkunftskosten arbeitete währenddessen die Arbeitsgruppe, die die ALI ins Leben gerufen hatte. Und sie wandte ein ähnliches Verfahren an wie die Stadt Wilhelmshaven. Die hatte in dem o.g. Antwortschreiben ihr Verfahren so erläutert: *"In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Oldenburg findet seit Jahren eine regelmäßige Auswertung von Wohnungsanzeigen der Tagespresse sowie Abfragen bei den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften statt. (...)"*

Die ALI-Arbeitsgruppe sammelte vom 25. November 2006 bis zum 24. März 2007 alle Zeitungen, die Wohnungsangebote veröffentlichten, also neben der Tagespresse (WZ und NWZ) auch die "Guten Morgen Sonntag" und die "Neue Rundschau", und erfasste sämtliche Wohnungsangebote. Zur Auswertung gelangten dann nur Wohnungsgrößen bis 90 m<sup>2</sup>, da Familien oder Wohngemeinschaften wie auch Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II mit einer bis vier Personen den überwiegenden Anteil der Gesamtbevölkerung darstellen.

### Unzureichende Angaben

Interessanterweise kam die Arbeitsgruppe zu anderen Ergebnissen als die Stadt Wilhelmshaven. Bei den 263 Wohnungen für eine Person, die im Untersuchungszeitraum angeboten waren, war die Kaltmiete fast immer angegeben, doch die Nebenkosten waren nur in 26 Fällen genannt. Bei den 191 Wohnungen für zwei Personen war auch fast immer die Kaltmiete genannt, doch nur in 18 Fällen waren die Nebenkosten beziffert. Ebenso unzureichend waren die Angaben in den Angeboten für größere Wohnungen. *"Mit der Analyse der Wohnungsanzeigen aus allen Presseorganen Wilhelmshavens ließen sich folglich keine Aussagen über die tatsächlichen Mietkosten gewinnen, weil die Anzeigen wesentliche Informationen über die Mietkosten nicht enthielten"*, heißt es im Ergebnispapier der Arbeitsgruppe. Und weiter: *"Hilfreich waren da die Anfragen bei den Maklern und 3 Wohnungsbaugesellschaften, die Angaben zur Kaltmiete und den Nebenkosten machten."* Ja, und dann haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe fleißig gerechnet sind zu folgenden Ergebnissen gekommen: Eine 50 m<sup>2</sup>-Wohnung kostet in Wilhelmshaven durchschnittlich 282,63 €, für 60 m<sup>2</sup> zahlt man 348,11 €, 75 m<sup>2</sup> kosten 431,67 €, und für 90 m<sup>2</sup> sind 522,09 € fällig (es sind hier jeweils die Kaltmieten einschließlich Nebenkosten genannt).

### Unsicherheitsfaktor

Das sind Durchschnittswerte, und Durchschnittswerte und tatsächliche Mieten sind nicht unbedingt dasselbe. In dieser Untersuchung kommt ein weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu: *"Kritisch ist zu den angegebenen*

*Kosten für die Kaltmiete anzumerken, dass einige Institutionen Angaben machten, die die Miete von ... bis ... bezifferten, z.B. bei 4-Personen-Haushalten gibt es die Kaltmietenangabe 580,00 € bis 610,00 €. Diese beiden Werte wurden addiert und durch zwei geteilt, so dass 595,00 € in die Rechnung eingingen. Das kann zu Ungenauigkeiten führen, wenn die Anzahl der teuren Wohnungen die der preiswerteren deutlich übersteigt. Dann läge der Durchschnittspreis unter dem tatsächlich Mietniveau. Der umgekehrte Fall ist ebenso möglich."*

Abschließend stellt die ALI-Arbeitsgruppe fest, dass sie die Angaben der Makler und der Wohnungsbaugesellschaften für einen besseren Spiegel des Wilhelmshavener Wohnungsmarktes hält als die Einzelanzeigen, die wegen der fehlenden Angaben zu den Nebenkosten keine verlässlichen Angaben zu den Gesamtmieten erlauben. Das klingt schlüssig.

Und außerdem klingt schlüssig, was Werner Ahrens zu den städtischen Zahlen gerne sagt: Sie sind "von den Wolken abgelesen". □

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken · Parties · Konzerte

Freitag 3.8. GLOOMY FRIDAY  
EBM-80's DarkWave & Gothic Night

LES CAMELEONS  
Latino-Ska-Funk-Rock! 21 Uhr

Freitag, 24. August

Enno Bunger  
14. September +  
ZUR ZEIT  
28. September

THE TOMMYS

www.kling-klang-whv.de  
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen

# Ratssplitter

vom 18. Juli 2007  
ausgesessen von Imke Zwoch

**Gegen 20 Uhr gingen die belegten Brötchen im Chill-out-Room neben dem Ratssaal beängstigt zur Neige, nicht jedoch die Argumente, die zwar schon im Vorfeld des Ratsbeschlusses zum Grundschulkonzept abschließend ausgetauscht worden waren, aber im Hohen Haus unbedingt noch mal wiederholt werden mussten.**

## Nicht betroffen

In Verbindung mit dem Freitod eines leitenden Angestellten des hiesigen Jobzentrums wurden finanzielle Unregelmäßigkeiten in der ARGE verlautbar, in die auch städtische Gelder fließen. Die LAW wollte wissen, ob der Rat über das Ergebnis der Untersuchungen zu den Vorkommnissen informiert wird. Klaus Grimminger, Geschäftsführer des Job-Centers, lieferte dazu folgende Infos: "Nach bisherigen Ermittlungen handelt es sich höchstwahrscheinlich um den Tatbestand der Veruntreuung von Geldern aus dem Eingliederungstitel der Agentur für Arbeit (SWL = sonstige weitere Leistungen). Städtische Mittel sind in diesem Aufgabenbereich nicht eingesetzt ... Nach bisherigen Recherchen ist nicht davon auszugehen, dass städtische MitarbeiterInnen an den Unregelmäßigkeiten beteiligt waren bzw. sind. Nach Abschluss der Untersuchungen wird die Verwaltung die zuständigen Ratsausschüsse ausführlich über das Ergebnis informieren."

## Kurz und bündig

Vierzehn Tage vor der Ratssitzung müssen Anträge im Rathaus eingegangen sein, damit sie auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bei der elektronischen Datenübermittlung kann das, trotz rechtzeitiger Absendung, auch aus technischen Gründen in die Hose gehen, wie jetzt bei einem Antrag der BASU. In diesem Zusammenhang erläuterte Stadtrat Stoffers allerdings, dass es reicht, den Titel des Tagesordnungspunktes einzureichen – für die sorgfältige Vorbereitung kann man sich dann zwei Wochen Zeit nehmen. Davon will die BASU zukünftig Gebrauch machen.

## Scheingefecht

Die SPD-Fraktion lehnte es ab, dass die ehemalige Helene-Lange-Schule in der Rhein-/Ecke Virchowstraße als neues und einziges Grundschulzentrum der Südstadt ausgebaut wird. Oberbürgermeister Eberhard Menzel war anderer Ansicht war als seine GenossInnen, und der Ausgang der Abstimmung – für das neue Schulzentrum, gegen die Oldeogeschule – stand schon vor der Diskussion fest.

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt bat darum, in dieser öffentlichen Debatte keine Namen von Investoren oder Geldsummen zu nennen. Dabei ist "der, dessen Name nicht genannt werden darf", allen, die sich halbwegs für das Thema interessieren, längst bekannt: Bodo Behnke. Vor einigen Jahren kaufte und sanierte der Immobilienkaufmann das leer ste-

hende Spinnerei-Gebäude an der Weser-/Neckarstraße, das die Stadt (bzw. ihre Tochter WTF) seitdem für die Nutzung als Küstenmuseum für etwa 40.000 Euro monatlich von ihm mietet (s. Gegenwind 166 v. März 2001). Nach einem ähnlichen Modell soll das oben genannte von Behnke erworbene Schulgebäude von der Stadt genutzt werden. Die Gegner des geplanten Schulzentrums bezweifeln, dass dies aus städtischer Sicht die wirtschaftlichste Lösung ist. Auch halten sie den Standort direkt an der stark befahrenen Virchowstraße für ungeeignet, zu groß sind nach ihrer Meinung die Gefahren und auch die Lärmbelastigung für die Kinder. Gleichzeitig steht mit der Oldeogeschule eigentlich ein Standort zur Verfügung, der hinsichtlich Ausstattung und Lage allen Anforderungen genügt. Dort wurde in den vergangenen Jahren viel Geld und Herzblut investiert. LehrerInnen, Eltern und ihre Unterstützer im Rat sehen keinen vernünftigen Grund, warum diese nun zu Gunsten des "Modell Behnke" geschlossen werden soll.

## Schulentwicklungsplan Grundschulen 2007-2013 (kursiv: Anträge des StER, die vom Rat angenommen wurden)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven bekennt sich zu seiner Verantwortung für ein bedarfsgerechtes, qualitativ und quantitativ ausreichendes wohnortnahes Grundschulangebot. Er wird deshalb die Standorte der Wilhelmshavener Grundschulen vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen und der wachsenden Ansprüche an die Grundschule bis zum Beginn des Schuljahrs 2010/11 neu ordnen.

2. Zum Schuljahr 2008/09 wird im Gebäude der ehemaligen Realschule Helene-Lange-Schule eine neue Grundschule eingerichtet, zugleich werden die Grundschulen Allerstraße, Oldeogeschule und Kathrinienfeld aufgehoben. *Die GS Kathrinienfeld wird erst aufgehoben, bis die GS Mühlenweg mindestens den Bau- und Ausstattungsstand des Schulgebäudes der GS Kathrinienfeld erreicht hat.*

3. Zum Schuljahr 2009/10 werden die Grundschulen Neuende und Neuengroden aufgehoben. Die beiden katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule werden im Gebäude der ehemaligen Orientierungsstufe Altengroden zu einer neuen katholischen Grundschule zusammengefasst. Für den außerschulischen Lernort "Bildung für Natur und Technik" wird rechtzeitig ein angemessener neuer Standort bereitgestellt.

4. Zum Schuljahr 2010/11 wird die Grundschule Albrechtstraße aufgehoben. *Die GS Sengwarden wird bis 2012 als "Schule im Dorf" erhalten. 2012 erfolgt eine erneute Überprüfung der Schulqualitätskriterien gemäß dem aktuellen Schülerbestand.*

5. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wird die erforderlichen Einzelbeschlüsse über die Aufhebung oder Einrichtung der jeweiligen Standorte rechtzeitig zu den einzelnen Schuljahren fassen und dabei auch die Einzugsbereiche so festlegen, wie es den Anforderungen einer gleichmäßigen Auslastung der Standorte und den Anforderungen einer wohnortnahen Beschulung entspricht.

# TRIANGEL

## second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

In Schutz nahmen SPD-Vertreter den Stadtelternrat, für dessen Engagement bei der Entscheidungsfindung sich Menzel ausdrücklich bedankte. Dieses ehrenamtliche Gremium fühlte sich vor allem durch Einwüfe aus der Jamaika-Gruppe ziemlich angeschossen, wie StER-Vorsitzender Bernd Rahlf in der Einwohnerfragestunde zum Ausdruck brachte.

## Saubere Lösung? (1)

Die LAW sorgt sich um die Zukunft der städtischen Reinigungskräfte. Zusammen mit dem Hausmeisterdienst sollen sie in den städtischen Eigenbetrieb GGS (Grundstücks- und Gebäudeservice) überführt werden, zudem wird die Reinigung von Schulen weiter privatisiert. Im Rahmen einer Kleinen Anfrage erkundigte sich LAW-Ratsmitglied Johann Janssen, ob und wie sich das auf die Arbeitsbedingungen auswirkt. Dezerent Jens Stoffers gab Auskunft: Nach einem einjährigen Kosten- und Leistungsvergleich, der im Ergebnis für die Fremdreinigung durch private Anbieter sprach, hatte der Rat Ende 2004 diese strukturellen Änderungen beschlossen. Seitdem wurden 17 städtische Gebäude (etwa ein Drittel der Fläche) auf Fremdreinigung umgestellt. Von der Überführung der städtischen Kräfte in die GGS verspricht man sich "Synergieeffekte" und Einsparung von Personalkosten (was auch sonst?). Die Tarifverträge und die damit verbundenen Leistungen und Arbeitszeitregelungen sollen bestehen bleiben, auch Verträge zur Altersteilzeit behalten ihre Gültigkeit – dazu ist die Stadt als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband verpflichtet. Der Personalabbau soll im Rahmen der "natürlichen Fluktuation" erfolgen.

## Jetzt doch

Lange hat sich die SPD gegen die Einführung einer "Aktuellen Stunde" im Rat gesperrt – mit der neuen "Jamaika"-Mehrheit wurde sie nach der letzten Kommunalwahl dann doch durchgesetzt. Erstmals wurde nun davon Gebrauch gemacht – ausgerechnet von der SPD! Thema war die Verlegung des Wochenmarktes in F'Groden von der Posener Straße zurück auf den Kirchplatz. Nach diesem Beschluss (gegen die Stimmen der SPD) in der vergangenen Ratssitzung waren Marktbesucher und Geschäftsleute Sturm gelaufen. Damit wirklich alle Interessen berücksichtigt werden, schlug SPD-Sprecher Wilfrid Adam, wieder im Rückgriff auf eine Vereinbarung im Jamaika-Kooperationspapier, vor, einen "Runden Tisch" zum Thema einzurichten und nach ausführlicher Diskussion erneut über den Standort zu beschließen. Die 30 Minuten, die eine "Aktuelle Stunde" dauern darf, wurden von allen voll ausgenutzt, um bekannte



Argumente nochmals aufzuwärmen bzw. umzurühren. Adam beendete dies mit dem Hinweis, der Appell sei da – eine “Aktuelle Stunde” beinhaltet keinen Antrag bzw. Beschlussvorschlag.

## Saubere Lösung? (2)

Die Mehrheit des Rates nickt immer noch routinemäßig ohne große Diskussion weitere Bauvorhaben und damit Versiegelungsmaßnahmen in der Stadt ab. Gleichzeitig sind die Probleme durch steigende Regenwasserabflüsse Thema Nummer eins – sprich Abschlag von Mischwasser am Südstrand –, und man diskutiert, wie man die (durch Hausabwässer verunreinigten) Wassermassen kostengünstig in den Griff kriegt. Allein die LAW wagt jetzt den Ansatz einer ganzheitlichen Betrachtung, wo nicht nur Symptome, sondern auch Ursachen zur Diskussion gestellt werden. Nämlich: Soll es mit der Versiegelung von Flächen so weitergehen wie bisher? Warum werden, z. B. in der Genossenschaftsstraße, keine Bäume nachgepflanzt? Zudem werden versiegelte Flächen wie Gehwege mit der chemischen Keule von sogenanntem “Unkraut” befreit. “Unkraut wächst da, wo wenig oder kein Lauf ist, warum wird nicht entsiegelt?” wollte Johann Janssen wissen. ☺

Die Verwaltung rechtfertigte die Versiegelung bzw. die ausbleibende Entsiegelung von Flächen mit zu hohen Kosten für die Unterhaltung sowie der Verkehrssicherheit, auch wurde auf den “historischen und gestalterisch wertvollen Charakter” bestimmter Flächen verwiesen. Folgekosten wie das Regen-/Mischwasserproblem wurden nicht angesprochen, oder anders gesagt, sie belasten andere Haushaltstitel und werden deshalb vernachlässigt. Historie? Historische Plätze, wie vielleicht der Banter Markt, wurden zu einer Zeit durchgepflastert, als sie tatsächlich genutzt wurden und als das gesamte Stadtgebiet noch von unversiegelten Flächen durchzogen war. Moderne Entwicklungen und Erfordernisse sollten bei der Sanierung berücksichtigt werden. Und ob die Neuversiegelung gewaltiger Flächen wie z. B. zwischen Rhein- und Jadestraße gestalterisch wertvoll und vor allem notwendig war, ist mehr als eine Geschmacksfrage. Nee, eine wegweisende Antwort der Verwaltung auf ein ernst zu nehmendes Thema war das nicht. ☺

Was den Einsatz von Herbiziden angeht, wurde auf einen “Modellversuch” der Stadtreinigung mit Ausnahmegenehmigung der Landwirtschaftskammer verwiesen. In einem “umweltschonenden” Verfahren würden die “Pflanzenschutzmittel” (?) direkt auf die Wildkräuter aufgestrichen. Dieser “Modellversuch” dauert jetzt übrigens schon etwa 5 Jahre (s. “Umweltsplitter” vom November 2002 – Gegenwind 185). Wann und wie wird er ausgewertet, was sind die Ergebnisse? Damals setzte sich übrigens FDP-Ratscherr Michael von Teichman vehement gegen diese Praxis ein. Ob dort oder anderswo, vielleicht sollte sich Johann Janssen im Rat zu diesem Thema Verbündete suchen, damit es nicht einfach im Protokoll versinkt.

Auf den Friedhöfen dürfen, so die Verwaltung, auf Grund gesetzlicher Regelungen grundsätzlich Spritzmittel eingesetzt werden, was nach Bedarf (maximal 2mal pro Jahr) ausschließlich auf wassergebundenen Wegeflächen passiert. Ansonsten erfolge, außer einmal jährlich auf der “Rambla”, kein Einsatz

von Spritzmitteln.

Und all das Zeugs bzw. dessen Ab- und Umbauprodukte landen irgendwann im Wasserkreislauf. ☺

## Gesunde Kinder

wünscht sich die SPD und beantragte deshalb verschiedene Maßnahmen, um Fehlwirkungen und deren Ursachen frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken. Dazu gehören zum Beispiel flächendeckende Einganguntersuchungen auch für Kindertagesstätten und ein Netzwerk für “frühe Hilfen”. Biehl befürchtete, dass damit genau die Kinder nicht erreicht würden, die am meisten betroffen sind – weil die Eltern sich KiTa oder Kindergarten nicht leisten können, oder “die verschwinden, weil die Eltern die Schulden für das Mittagessen nicht zahlen können.” Trotz des – berechtigten und nachdenkenswertes – Einwandes schloss er sich dem einstimmigen Beschluss für den Antrag an.

## Saubere Lösung? (3)

Gleich mehrere neue Kohlekraftwerke sollen, wie der OB in den letzten Wochen verlauten ließ, im Norden der Stadt entstehen – im Hinblick auf den Klimawandel kein besonders origineller Vorschlag. Der Beitritt Wilhelmshavens zu SolarLokal (einer bundesweiten Imagekampagne für Solarstrom) vor einigen Monaten klingt da schon interessanter. Die LAW wollte jetzt im Detail wissen, wie ernst es der Stadt – auch als Vorbild für BürgerInnen – mit der Einsparung von Energie bzw. CO2 ist. Dazu Umweltdezernent Jens Graul: Der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix beträgt beim städtischen Stromlieferanten GEW derzeit 15,5% (Bundesdurchschnitt: 11,1%). Eine Anfrage an die GEW für die Versorgung von drei repräsentativen Gebäudekomplexen mit 100% Ökostrom ist erfolgt. Im Rahmen eines Contractings zwischen Stadt und Stadtwerken wurden 14 Gebäude energietechnisch saniert. Im Zusammenhang mit dem Vertrag zur Wärmelieferung durch die GEW werden Heizanlagen fortlaufend von Öl- auf Gasfeuerung umgerüstet und Brennwert- oder Niedertemperaturheizkessel eingesetzt. In Stadtverwaltung und Schulen kommen fast nur Leuchtstoff- und Energiesparlampen zum Einsatz. In 14 Schulen wurden die Leuchten in den Klassenräumen komplett erneuert, das Programm wird fortgesetzt. 2007 wird die Sanierung der Beleuchtung im Rathaus abgeschlossen.

Interessant wäre zu erfahren, wie viel Energie und CO2 dadurch bereits eingespart wurde.

## Ins Trudeln

brachte der Wechsel von Gerold Tholen von der LAW zur BASU nicht nur die Sitzverteilung der Gremien, sondern auch MitarbeiterInnen der Verwaltung: Bei der Abwicklung des Verfahrens zur Umbesetzung der Ausschüsse gab es ziemliches Durcheinander. Je nach Größe des Ausschusses musste zwischen Grünen und BASU und ggf. auch SPD gelöst werden. Im Einzelnen ist die neue Zusammensetzung der Gremien dem Ratsinformationssystem zu entnehmen. Spannend wurde es bei einem Deal zwischen Grünen und BASU, als es um die Neubesetzung der Ausschussvorsitze ging: Die BASU verzichtete auf das Los für den Verwaltungsausschuss, durch den Werner Biehl (Grüne) möglicher-

weise seinen Sitz und damit Bürgermeister-Posten verloren hätte; dafür trat Biehl den Vorsitz im Umweltausschuss an Joachim Tjaden (BASU) ab, die Grünen wiederum konnten sich so den Kulturausschuss greifen. Nachdem alle kapiert hatten, dass und weshalb dieser Schachzug verfahrensrechtlich zulässig ist, ging das so über die Bühne.

Die LAW verlor mit Tholen auch den Fraktionsstatus und damit die Grundmandate für alle Ausschüsse bis auf einen. Janssen entschied sich für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

## Klare Worte

durfte Johann Janssen anlässlich Tholens Fraktionswechsel sprechen. Er fasste sich kurz: Tholen sei für die LAW und deren Ziele in den Rat gewählt worden, und es sei undemokratisch und den WählerInnen gegenüber unfair, das ihm übertragene Mandat nun anderweitig auszuüben, statt es an die LAW zurückzugeben. Dass der Ratsvorsitzende ihm die Möglichkeit zu dieser Stellungnahme gab (☺), mag damit zu tun haben, dass Norbert Schmidt es ebenfalls nicht leiden kann, wenn Ratsmitglieder nach der Wahl das Lager wechseln.

## Selbsterkenntnis

Erst eine ganze Zeit später wurde bemerkt, dass die SPD sich bei der Neubesetzung der Vorsitze einen Ausschuss gegriffen hatte, der bereits vergeben war. Dazu Adam: “Ist doch klar – wenn ich ‘Straße und Grün’ sage, meine ich ‘Grundstücke und Gebäude!’” In der Tat.

## No Dumping

Die LAW beantragte, dass bei der Vergabe städtischer Aufträge nur solche Firmen berücksichtigt werden, deren Beschäftigte nach den offiziellen Tarifabschlüssen behandelt und bezahlt werden. CDU-Sprecher Günther Reuter beantragte Nichtbefassung, da dies bereits beachtet würde. Die Rechtsabteilung der Verwaltung bestätigte, dass die Stadt die Tariftreueerklärung unterzeichnet habe. Gegen Janssen und bei zwei Enthaltungen (Tjaden, Tholen) schloss sich der Rat Reuters Antrag an. Ob die jetzige Kontrolle wirklich alle beteiligten Subunternehmer erreicht, sei dahingestellt.

## No Swimming

Eigentlich wollte die SPD ihren Antrag aus der letzten Sitzung nochmals einbringen, wonach Hartz IV-EmpfängerInnen und andere Bedürftige besondere Ermäßigungen für das neue Schwimmbad “Nautimo” erhalten sollen. Nun machte sie doch einen Rückzieher, denn, so Ursula Aljets, es waren zwischenzeitlich “weitreichende Regelungen” für Familien oder Schüler getroffen worden, und man denkt laut darüber nach, auch für wenig frequentierte Öffnungszeiten Rabatte anzubieten. Erwachsene Arbeitslose wissen damit allerdings immer noch nicht konkret, ob sie sich den Badespaß werden leisten können. Tjaden fand es schade, dass kein entsprechender Beschluss zu Gunsten Betroffener zur Abstimmung stand – “alle Fragen sind geklärt”, und schon in der letzten Sitzung zeichnete sich trotz Widerspruchs eine knappe Mehrheit dafür ab. Wirklich schade. ☺

*Weiter geht's auf der nächsten Seite*

### Fortsetzung Ratssplitter

#### Kein Sinn für Interesse?

Eigentlich sollte der Termin für die Neuwahl des Ausländerbeirats verschoben werden, nun denkt man eher darüber nach, dieses Gremium ganz abzuschaffen. "Die Begeisterung der Ausländer im Beirat tendiert gegen Null", meinte Uwe Reese (SPD). Biehl ergänzte: Bei der Gründung des Beirates sei dieser notwendig gewesen, nun gäbe es Gesetze, die die Rechte der ausländischen Mitbürgerinnen gewährleisten. Janssen wusste, dass die Migrationsberatung zurzeit etwas vorbereitet, das den Beirat ersetzen könnte.

Na ja. Vielleicht sollte man die MigrantInnen mal selbst fragen, warum sich ihr Engagement im Beirat in Grenzen hält?

#### Groschengrab

Immer mal wieder schiebt die Stadt Geld in verschiedenste Gesellschaften zum Wohle des Aufschwungs, sprich des JadeWeserPorts. Diesmal ging's um 25.000 Euro für die Ende 2006 gegründete Vermarktungsgesellschaft "JadeWeserPort Logistics Zone GmbH". Grundlage ist eine Grundsatzvereinbarung und der darauf basierende Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und dem Land Niedersachsen. Dazu zählt auch die Gründung einer Vermarktungs- und Immobilienmanagement-Gesellschaft. Die Beteiligung kann erstmals im Jahr 2012 gekündigt werden. Weitere Gesellschaftsanteile (zwischen 1,5 und 5,5% des Stammkapitals von 100.000 Euro) wurden den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch zum Kauf angeboten. Man wolle "im Spiel der großen Global Player mitmachen", zitierte Adam Detthold Aden. Dieser Beschluss sei ein Startsignal für den JWP. "Das ist nun schon das dritte Startsignal – im Sport bedeuten drei Fehlstarts den Wettkampfabbruch", lästerte Tjaden. Gegen seine und Janssens Stimme wurde die Beteiligung an der "Logistics Zone" beschlossen.

#### Groschenquelle

Mit EU-Mitteln (EFRE) soll ein "Integriertes Wachstums- und Entwicklungskonzept" umgesetzt werden. Umstritten war, ob auch Gelder zur Wieder-Öffnung der ersten Einfahrt für touristische Zwecke (Wassersportler) beantragt werden sollen. Die CDU hält das für "Spökenkiekerei". Menzel wies darauf hin, dass auch die Schleusung von Yachten durch die 4. Einfahrt für die Stadt nicht umsonst sei, man zahle dafür "einen gewissen Beitrag" an den Bund. (Interessant, am Rande, dass man Yachtbesitzer für ihr Freizeitvergnügen klaglos bezuschusst, bei mittellosen Schwimmern aber einen Aufstand davon macht.) Norbert Schmidt nannte weitere Maßnahmen, z. B. die Erneuerung der südlichen Rathausfassade, die noch den "Charme der 50er Jahre" ausstrahle. Man erwägt, dort auch neue Fenster einzubauen. (Licht und Sauerstoff für den Pressetisch statt den muffigen Vorhang im Nacken – ich bin dafür!) Übrigens taucht auch die Südzentrale in der Vorschlagsliste auf (ggf. Förderung als historisches Erbe durch das für 2009 vorgesehene Programm "Städtischer Denkmalschutz"). ☺ Das Konzept wurde mit knapper Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### Reflektionen

Am Rande einer Debatte hatte Holger Bar-

kowsky (SPD) die Frage aufgeworfen, wie von Teichman überhaupt noch durch die Tür des Ratsaals passen würde mit dem riesigen Heiligenschein auf seinem Kopf. Angesichts der Option auf neue Fenster in der Südwand des Sitzungssaals bat von Teichman darum, dafür Sorge zu tragen, dass der Glanz seines Heiligenscheins nicht durch die starke Lichteinstrahlung beeinträchtigt wird.

#### Schon wieder 'n Startschuss

Über 200 Seiten umfassten die Vorlage zur Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der darauf basierende Bebauungsplan für den sogenannten Hafengroden (s. S. 14). Tjaden riskierte die Frage, ob auch alle Ratsmitglieder diese vorab studiert hätten: "Die Festsetzungen könnten uns einholen – beschließen Sie nicht eine Vorlage, die Sie nicht kennen." Er verwies auf unschöne Entwicklungen nach der Ansiedlung der Firma NOEX – "da hätten wir auch genauer gucken sollen". Hier erntete er keinen Widerspruch – wohl aber zu seiner ersten Aussage. "Reflexartig reagierte der OB auf die Hafengegner", schlug Menzel selbst mir vor für die Zusammenfassung dessen, was folgte. Meinetwegen. Punkt. Was Menzel von Tjaden hält, müssen wir nicht immer wieder abdrucken. Neu allenfalls, dass der OB die Klagen der Hafengegner für "Rechtsmissbrauch" hält. Dass nicht allein diese, sondern auch Fehler im Planungs- und Vergabeverfahren den ersten Spatenstich verzögert haben, sagte er nicht.

Janssen brachte in Erinnerung, dass Tjaden kein verirrter Einzelkämpfer ist. Auch er bekannte sich als Gründer der Antiport-Initiative, zu deren Zielen er immer noch stehe. "Man darf nicht von DEN Menschen sprechen, die möglichst bald Kräne auf dem Terminal sehen wollen, sondern allenfalls von einer Mehrheit."

#### Und zum Abschluss: Der aktuelle Fäkalbericht

"Heute, 14 Uhr: Starkregen in Wilhelmshaven. Ab 14 Uhr 20: Beginn der Abschläge am Ban-

ter Siel. 16 Uhr: Beginn der Badezeit am Südstrand", berichtete Monika Giesche-Emmerich, Sprecherin der BI gegen Fäkaleinleitungen am Südstrand ("Kaiserliche KanalarbeiterInnen") brandaktuell bei der anschließenden Einwohnerfragestunde. In diesem Sinne bedankte sie sich beim Rat für die vorab gefassten Beschlüsse zur Verbesserung der Situation. Zunächst sollten nur Maßnahmen zur Verminderung der Mischwasser-Einleitungen getroffen werden, man entschied sich dann aber, parallel die (vermutlich teuerste, aber wirksamste) Variante "Trennkanalisation" auch prüfen zu lassen.

Lange Zeit wurde der BI quer durch den Rat vorgeworfen, sie seien Nestbeschmutzer. Nicht die Dreck-Einleitungen waren von Übel, sondern die Menschen, die dies öffentlich machten. Noch zur Eröffnung der Fäkalpardon: Badesaison gab es vom OB derartige Vorwürfe. Mittlerweile gibt es wohl einen Sinneswandel. Menzel schimpfte im Rat nur noch auf Tjaden, weil auf dem BASU-Bürgerportal diese Karikaturen zum Thema veröffentlicht sind. Für die Grünen, die anfangs auch mehr um das touristische Image als um die Wasserqualität fürchteten, sagte Werner Biehl jetzt: "Dass die Vorlage (zur Verbesserung der Situation) heute auf dem Tisch liegt, ist engagierten BürgerInnen zu verdanken." Tjaden mahnte, "nicht auf BürgerInnen einzuschlagen, die sich kümmern". Es wäre schön, wenn Rat und Verwaltung daraus lernen und auch bei anderen Initiativen dieser Art – von Anfang an – den konstruktiven Ansatz erkennen und ein ebensolches Miteinander suchen würden. ☐

#### Beschluss Mischwasser-einleitung in den Jadebussen

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die derzeitige Praxis der Mischwassereinleitung in den Jadebussen über das Banter Siel den gesetzlichen Anforderungen und anerkannten Regeln der Technik entspricht.

Gleichwohl hält der Rat diese Praxis für auf Dauer kaum vereinbar mit der Bedeutung des Südstrandes als Badegewässer und Naherholungsgebiet. Er begrüßt deshalb, dass die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe zum Beginn der Badesaison erste Maßnahmen zur Reduzierung der Mischwasserabschläge um etwa 20% eingeleitet haben.

Die WEB werden beauftragt, auf Grundlage der vom Institut für wissenschaftlich-technische Hydrologie (ithw) und dem Forschungszentrum Terramare vorgelegten Zwischenergebnisse, die Maßnahmen zur Optimierung des bestehenden Mischwassersystems (Feinsiebung, Abtrennung von Gebieten, Aktivierung von Speichervolumen im Kanalnetz und Erhöhung der Pumpenleistung zur Zentralkläranlage) vertiefend untersuchen zu lassen und daraus Vorschläge für konkrete Maßnahmen ab dem Jahre 2008 zu entwickeln und in den Wirtschaftsplan einzustellen.

Parallel wird von den WEB ein unabhängiges, mit Druckentwässerung und Freigefälleentwässerung vertrautes Institut / Hochschule mit einer Machbarkeitsstudie für ein Trennsystem beauftragt.

Ziel soll es sein, die Auswirkungen der Abschläge über das Banter Siel auf 20% des dargestellten Umfangs zu reduzieren.

# In die Lohntüte gehört Geld!

## Lutz Bauermeister fordert zum Widerspruch heraus

(red) In seinem Gastbeitrag in der Wilhelmshavener Zeitung vom 12. Juli äußert sich Lutz Bauermeister, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Nordmetall und Geschäftsführer des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes, zum Thema Mindestlohn. "Menschenwürde hat in der Lohntüte nichts zu suchen", sagt er. "Recht hat er! In die Lohntüte gehört keine Menschenwürde, sondern Geld. Und zwar so viel Geld, dass die Person, die die Lohntüte bekommt, davon leben kann", sagt dagegen die Linke Alternative Wilhelmshaven in einer Presseerklärung. Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gegenwind: "Bauermeister bringt es auf den Punkt, wie die Unternehmer in Deutschland ticken, wie sie denken. Dieser Bauermeister-Text gehört in die Schulungsunterlagen der Gewerkschaften." Wir veröffentlichen im Folgenden die Presseerklärung der LAW:

*Es sei erstens nicht richtig, sagt Bauermeister, dass Unternehmer höhere Löhne zahlen könnten und es aus Profitinteresse nicht täten; tatsächlich zahlten Unternehmer geringe Löhne, um konkurrenzfähig zu bleiben und nicht pleite zu gehen. Die Konkurrenz im Ausland arbeite billig, da müsse unser deutscher Unternehmer eben auch billig produzieren; und die Konkurrenz im Inland werde auch von Vater Staat angeheizt.*

### Kein Lohnverzicht

Darauf kann man unterschiedliche Antworten geben. Zum Beispiel: Unternehmer werden auf jeden Fall und immer sagen, dass sie die Löhne niedrig halten und sogar senken müssten, da ihnen das Wasser bis zu Hals stehe. Das sagen sie, wenn es stimmt, und das sagen sie, wenn es nicht stimmt. Die Lohnabhängigen sind gut beraten, es ihnen nicht so ohne weiteres zu glauben. Wo sie – in der Gestalt von Gewerkschaften und Betriebsräten – es ihnen in der jüngeren Vergangenheit geglaubt haben und zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze einem Lohnverzicht zugestimmt haben, gab es in vielen Fällen hinterher doch Entlassungen. Der Lohnverzicht hat nicht nur nicht verhindert, dass viele arbeitslos wurden, sondern ihnen auch noch ihr Arbeitslosengeld gesenkt.

Eine andere mögliche Antwort darauf wäre: Stimmt. Bei vielen Unternehmern ist es so, dass ihnen das Wasser bis zum Halse steht und sie um ihre Existenz fürchten müssen. Um ihre Existenz als Unternehmer, wohl gemerkt – ihre private Existenz haben sie mehrheitlich abgesichert und durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen vom Bestehen ihres Betriebes unabhängig gemacht – was ihren Beschäftigten mehrheitlich nicht möglich war, so dass sie jetzt von 346 € im Monat leben müssen.

### Andere Erfahrungen

Das ist eben das Schlimme an diesem Wirtschaftssystem: Wer "nicht konkurrenzfähig" ist, wird von einem anderen geschluckt und hat das Nachsehen. Aber hilft der Verzicht auf einen Mindestlohn dagegen? – Unsere Nachbarstaaten haben eine andere Erfahrung gemacht: In den europäischen Ländern, die in den letzten Jahren einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben, blieben die Horrorszenarien, die die deutschen Unternehmer immer wieder an die Wand malen, aus. Sie haben im Gegenteil

ein Wirtschaftswachstum verzeichnen können. Der Mindestlohn erwies sich hier als Schutz nicht nur für die abhängig Beschäftigten, sondern auch für die Wirtschaft.

Deutschland ist Exportweltmeister. Wir produzieren hier ungeheure Mengen Waren, die aber nicht hier, sondern in anderen Ländern konsumiert werden. Und während die Unternehmer, die ihre Produkte exportieren, immer größere Gewinne einstreichen, sinkt hier die Kaufkraft mit den Löhnen.

Zweitens, sagt Bauermeister, sollen wir nicht glauben, mit einer 40-Stunden-Woche auskommen zu müssen – die Unternehmer arbeiten auch mehr. Auch dazu gibt es mehrere mögliche Antworten. Z.B., dass in den USA mittlerweile Millionen von Menschen mehrere Jobs haben und 60 oder mehr Stunden in der Woche arbeiten, aber dennoch nicht genug Geld zum Leben verdienen.

Oder: Dass die kleinen Unternehmer, die Handwerker mit Familienbetrieb, die Mittelständler ohne Urlaub 60 Stunden wöchentlich ackern müssen, um über die Runden zu kommen, ist schlimm. Ihnen ist Besseres zu gönnen. Sie werden es aber nicht kriegen, solange die Arbeiter und Angestellten sich ihre Produkte und Dienstleistungen nicht leisten können und nach Feierabend ihre Wohnung selber tapezieren und ihr Dach selber ausbessern müssen.

### Unternehmer entlasten

Bauermeisters "Drittens" erklärt die Überschrift des Beitrages: Weil nach Grundgesetz die Staatsgewalt die Menschenwürde schützen muss, soll es auch der Staat sein, der die Unternehmer von der Lohnzahlung entlastet! Er schreibt es ein bisschen anders: "...kann der Staat doch nicht auf die Unternehmer in Form von Lohnzahlungen abwälzen, wenn die Arbeit eben nur wenig wert ist." Hier sind zwei Denkfehler zu verzeichnen:

Wenn ein Unternehmer einen Menschen für sich arbeiten lässt, dann hat er dessen Arbeitskraft gekauft. Die muss er auch bezahlen. Wenn der Staat erwartet, dass Unternehmer ihren Beschäftigten einen ausreichenden Lohn zahlen, dann ist das kein Abwälzen, sondern vollkommen richtig. Und der Wert der Ware Arbeitskraft wird nicht vom Unternehmer bestimmt, sondern er bemisst sich (wie der Wert jeder anderen Ware auch) danach, was zu seiner Produktion und Reproduktion erforderlich ist. Dass Unterneh-

mer beständig versuchen, ihre Arbeitskräfte unter Wert zu bezahlen, also den Preis der Arbeitskraft zu senken, ist bekannt und in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem Warenproduktion stattfindet, normal. Ebenso normal ist es, dass Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, darum kämpfen, einen Preis zu erzielen, der dem Wert entspricht. Dasselbe tut der Händler, der seine Waren nicht billiger hergibt, als er sie selber erstanden hat.

### Lohnsenkungen

Durch eine Wirtschaftspolitik, die es den großen Unternehmen jahrelang gestattet hat, den Preis der Arbeitskraft zu senken, ist das Spiel der Kräfte im Ringen um einen angemessenen Lohn aus den Fugen geraten. Inzwischen ist das Lohnniveau so weit abgesunken, dass staatliche Hilfe z.B. eben in Form der Einführung eines Mindestlohns nötig ist, um den Binnenmarkt nicht völlig zu Boden gehen zu lassen.

Bauermeister möchte da lieber den Staat belasten. Der Sozialstaat und nicht der Arbeitgeber sei gefragt, meint er. Und wovon soll der Staat all diejenigen alimentieren, die nicht genug zum Leben verdienen? Von den Steuern natürlich. Aber wer schreit beständig nach immer weiteren Steuersenkungen? Ist das nicht die Wirtschaft?

Viertens, sagt Bauermeister, seien die Geringverdiener so schlecht ja gar nicht dran. Nur 17 % der schlecht bezahlten Beschäftigten müssen von vom geringen Lohn leben. Ja, aber die müssen es!

### Transferleistungen

Und fünftens schließlich stellt Bauermeister fest, dass "ganz unten" die Empfänger und Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen stehen, denen es z.T. sogar noch besser gehe als den Geringverdienern. Ja, tatsächlich. Es gibt in unserem reichen Land wirklich Leute, die trotz Arbeit arm sind und zusätzlich zum Lohn Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Das zeigt, wie dringend notwendig ein gesetzlicher Mindestlohn ist.

Sechstens beginnt Bauermeister zu drohen. Der Arbeitgeber, der zur Zahlung von Mindestlohn gezwungen werde, werde eher die Arbeitsstelle streichen. Schließlich sei ein Unternehmer nicht die Caritas. Nun, wenn ein Unternehmer eine Arbeitskraft nicht benötigt, eine Stelle also streichen kann, dann hat er bisher jemanden beschäftigt, den er eigentlich nicht braucht. Ist er also doch die Caritas?

### Nicht irre machen lassen

Lutz Bauermeister ist Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Nordmetall und Geschäftsführer des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes in Wilhelmshaven. In diesen beiden Eigenschaften muss er so Sachen schreiben. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Sie muss sich von Beiträgen wie dem des Herrn Bauermeister nicht irre machen lassen.

Übrigens: Susanne Bauermeister, seine Ehefrau, ist offenbar gar nicht so sehr dafür, dass "immer gleich und selbstverständlich nach staatlicher Hilfe gerufen wird." In diesem Sinne äußert sie sich am 16. Juli auf der Service-Seite der Wilhelmshavener Zeitung. Haben Bauermeisters jetzt ein Eheproblem? □

# Was soll das?

## Unversöhnlich stehen sich die Planer der ICP und die Stadtverwaltung gegenüber

(hk) Einen erneuten Versuch, die Öffentlichkeit, die Politik und die Verwaltung für ihr Insulanus-Projekt zu gewinnen, unternahm die ICP (Investment Consult Project Development GmbH) des rührigen Wilhelmshavener Ingenieurs Rüdiger Tober.

In unseren Gegenwind-Ausgaben 222 und 223 (November und Dezember 2006) machten wir unsere LeserInnen mit den Tober'schen Plänen vertraut und berichteten auch über die schon damals bestehenden Animositäten zwischen dem Planungsbüro und der Stadt Wilhelmshaven, insbesondere in der Person des Oberbürgermeisters Menzel.

In der Zwischenzeit hat das Planungsbüro sein Projekt zur Bebauung der Wiesbadenbrücke weiter ausgefeilt und auch weitere Schritte zur Baureifmachung des Geländes unternommen.

So stehen die Ingenieure in Kontakt mit den jetzigen Nutzern/Pächtern des Grundstückes und haben nach Meinung des Rechtsanwaltes Bolko Seifert inzwischen einige rechtsverbindliche Zusagen in der Hand.

Zum Beispiel mit der Firma Linde, die auf der Wiesbadenbrücke ja bekanntlich ein Sauerstoffwerk betreibt. Über den Stand der Verhandlungen schreibt die Firma Linde Gas aus Pullach am 16. Juli 2007 an die ICP:

*„Im Nachgang zu unserem persönlichen Gespräch am 27.04.2007 haben wir mit der zuständigen Stelle bei der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten, Herrn Stumpf, gesprochen.*

*Herr Stumpf hat uns bestätigt, dass das von Ihnen geplante Vorhaben begrüßt wird und es Ziel des BImA ist, das Gelände auf der Wiesbadenbrücke als Gesamtes zu vermarkten. Dies ist nur möglich, wenn Linde bereit ist, den Produktionsstandort auf der Wiesbadenbrücke zu verlagern.*

*Wir haben Herrn Stumpf informiert, dass Linde Gas Deutschland über einen möglichen Verkauf des Erbbaurechts mit ICP GmbH in Verhandlungen steht. Die Verhandlungen sind bereits so weit fortgeschritten, dass bei Feststellung der Planungssicherheit einem Vertragsabschluss nichts im Wege steht.“*

Hier wird deutlich, dass die ICP sich schon weit in das Projekt eingearbeitet hat. Warum nun die Stadt Wilhelmshaven mit aller Kraft versucht, den Stellenwert der ICP-Vorarbeiten kleinzureden (Stadtbaurat Kottek: „Reine Ankündigung“), ist genauso unverständlich wie die Tatsache, dass kein SPD-Genos-

se der Einladung von Rüdiger Tober zur Präsentation des Modells folgte. - Angeordneter Boykott?

So waren dann die Spitzen der CDU (von MdB Kammer bis zum Bauausschussvorsitzenden Bernhard Rech) neben einem Stadtrat der Grünen beinahe die einzigen parteipolitischen Vertreter auf der Präsentationsveranstaltung im Juli 2007.

Auf dieser Veranstaltung versuchte Rüdiger Tober erneut, die Stadt Wilhelmshaven und besonders den Oberbürgermeister mit in sein Boot zu holen. Schon in einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom März 2007 schrieb Tober: *„Der von Ihnen geprägte und propagierte Leitsatz „Arbeiten – Wohnen und Leben am Wasser“, der unbestritten in jeder Hinsicht positiv zutreffend ist, wurde dann auch später von der re.Urban Stadterneuerungsgesellschaft mbH (Oldenburg) aufgegriffen. (...) Unser Bestreben ist nunmehr, im Zuge unserer weiteren Projektentwicklungsarbeit unter Einhaltung des obigen Leitsatzes Ihre Ideen zu realisieren.*

*Dazu benötigen wir Ihre Unterstützung, um die wir Sie hiermit herzlich bitten. (...) Wir haben Vertrauen in unsere Leistung und sagen über uns: „Wir sind gut“. Mit Ihnen (...) sind wir besser. (...) Weil aber nur gemeinsames Handeln dem wirtschaftlichen Wohl unserer Stadt zuträglich ist, möchten wir Sie als Partner des INSULANUS-Projektes gewinnen. Wir würden uns ehrlich freuen, Sie als Kapitän auf dem INSULANUS-Boot begrüßen zu können.“*

Bei dem Projekt zur Bebauung der Wiesbadenbrücke geht es nach Berechnungen der ICP um eine Investitionssumme von knapp 100 Millionen Euro. Für diese Summe stehen laut Rüdiger Tober Investoren bereit. Ein uns vorgelegter Schriftverkehr mit den

*Geplant sind im vorderen Bereich der Wiesbadenbrücke drei großzügige Büro- und Wohngebäude mit jeweils anschließenden und direkt im Wasser gegründeten Wohnmodulen samt Bootsanlegern. Das „Tor“ zum Insulanus – und gleichzeitig ein Herzstück der Planung – bildet ein großes Multifunktionsgebäude, das sich gleichsam um einen Marktplatz schließt. Völlig wetterunabhängig unter einer Glaskuppel sollen hier die klassischen Qualitäten urbanen Lebens realisiert werden: Ladengeschäfte und Gastronomiebetriebe säumen einen weitläufigen Platz mit Bäumen, Brunnen und Bänken, der der Begegnung dienen, zugleich aber auch für Großveranstaltungen und Konzerte nutzbar sein soll. Sogar für eine Bühnenterrasse samt den erforderlichen technischen Anlagen ist gesorgt. Fenster, Balkone und Arkaden einer angeschlossenen Residenz für aktive Senioren gehen auf den „Marktplatz“ hinaus, niemand soll ausgeschlossen bleiben. Unmittelbar gegenüber der Bontekai-Bebauung sind fünf Apartmentgebäude mit sogenannten Lofts zum Mieten und Besitzen geplant: Flexible Wohnungszuschnitte in den Lofts, verglaste Rundflächen für viel Sonnenlicht, sogar die Dächer sind für Freizeit- und Wohnzwecke zu nutzen. Öffentlich zugänglich sollen Straßen, Bootsanleger und Grünflächen sein. (Beschreibung nach JevWoBl v. 23.7.07)*

entsprechenden Finanzgruppen untermauert Tobers Aussage, dass man nur noch auf die planungsrechtlichen Schritte der Stadt wartet, um die Baumaßnahme in Gang zu bringen.

Dabei ist es, wie ICP-Planungsleiter Bernd Kietzmann zu berichten weiß, nicht gerade einfach, für ein solches Projekt in Wilhelmshaven die entsprechenden Investoren zu finden. „Die stehen hier ja nicht Schlange, da muss man hart drum kämpfen. Und wenn dann noch solche Probleme wie hier auftauchen, dann ist das nicht hilfreich“, so Kietzmann zum Gegenwind.

Auf den von Kottek und Menzel favorisierten Investoren- und Architektenwettbewerb angesprochen, sehen die ICP-Leute durch ihre Vorarbeit gute Chancen. Sie befürchten allerdings auch, dass es da nicht sehr viele neue Investoren geben wird. Denn, so Rüdiger Tober zum Gegenwind, „unsere Vorarbeit steht ja, und damit muss sich jeder, der an einem solchen Wettbewerb teilnehmen will, auseinandersetzen.“

Ein wenig böse ist man bei ICP auch über eine Aussage Menzels im Internetportal der Stadt, in dem der Oberbürgermeister dem ICP-Entwurf schon von vornherein seine Zustimmung verwehrt. Im Internetportal heißt es u.a.: „Die Einzigartigkeit dieser Lage erfordert nach Meinung von Oberbürgermeister Eberhard Menzel einen Wettbewerb der Ideen, keinesfalls werde die Stadt einem jetzt der Öffentlichkeit vorgestellten Entwurf ihre Zustimmung geben.“

Wie es in dieser Auseinandersetzung zwischen ICP und Stadtverwaltung weitergehen wird, lässt sich nicht abschätzen. Man hat den Eindruck, als würden hier persönliche Nickeleien zur politischen Linie hochgeschaukelt. Das nützt nicht einmal dem Oberbürgermeister. Es schadet aber der Stadt Wilhelmshaven. Und da sollten doch die Damen und Herren des Stadtrates in der Lage sein, einen Riegel vorzuschieben. Ansonsten wird es für die Wiesbadenbrücke wohl nur eine drittklassige Teillösung geben. □

## Greenpeace kommt

Umweltschützer von Greenpeace protestieren mit einer Tour ihres Schiffes „Beluga II“ gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke in Deutschland. Die Route führt über verschiedene Flüsse sowie Nord- und Ostsee zu Städten, in denen künftig Kohle zur Stromerzeugung verbrannt werden soll. Zum Auftakt ankerte die „Beluga II“ in der Elbe vor dem Hamburger Stadtteil Moorburg. Dort plant das Unternehmen Vattenfall zwei Kraftwerksblöcke mit zusammen mehr als 1.600 Megawatt Leistung. Das wäre das größte Kraftwerk im Norden. „Der Bau neuer Kohlekraftwerke ist mit den deutschen Klimaschutzziele unvereinbar“, sagte Karsten Smid, Klima-Experte von Greenpeace. Die Umweltschützer lehnen Kohlekraftwerke wegen des Ausstoßes von Kohlendioxid ab. Das Gas gilt als einer der Hauptverursacher der Klimaerwärmung. Stattdessen sollten besser dezentral kleine Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung gebaut werden, die einen höheren Wirkungsgrad erreichen. Nach Hamburg sind die nächsten Stationen der „Beluga II“ an Kraftwerksstandorten: Brunsbüttel (30.-31.7.), Kiel (3.-5.8.), Wilhelmshaven (10.-12.8.), Bremerhaven (13.-14.8.), Bremen (17.-19.8.) und Dörpen (24.-26.8.). (hk)

**Rechtschreibwerkstatt**

Anette Nowak  
 Legasthenietherapie  
 Lese-/Rechtschreibtraining  
 Diagnose und Beratung  
 Auskunft und Anmeldung  
 04421 - 99 64 70

# Da tut sich was

## Es kommt Bewegung in den Erhalt der Südzentrale

(iz) Mut machen zum Erhalt der Südzentrale sollte die Ausstellung "Neuer Nutzen in alten Industriebauten", die bis Mitte Juli im "Cruiso" in der Rheinstraße 98 zu sehen war. Leider war zur Eröffnung unser Layout schon komplett - die zukunftsweisenden Ergebnisse dieser Veranstaltung möchten wir jedoch unseren LeserInnen und den Verantwortlichen nicht vorenthalten, deshalb holen wir hier den Bericht nach.



Ausstellungseröffnung im "Cruiso". Vorn, v. l.: Axel Föhl und die Vertreter des Forums zum Erhalt der Südzentrale Corinna Janssen, Bettina Brosowski und Hannes Griesemann. Foto: iz

Pünktlich zum "Tag der Architektur" am 24. Juni hatte das Forum zum Erhalt der Südzentrale es geschafft, die stark ausgebuchte Wanderausstellung nach Wilhelmshaven zu bringen. Initiatorin Corinna Janssen holte die Elemente persönlich aus Cottbus ab. Finanzielle Unterstützung gab es von der Oldenburgischen Landschaft. In den Räumen der "Cruiso-Classic-Lounge", deren Betreiber sich nicht nur um historische Fahrzeuge bemühen, und unweit der Südzentrale gelegen, war die Ausstellung thematisch gut untergebracht, auch wenn sie aus Platzgründen nicht vollständig gezeigt werden konnte. Der Werkstattcharakter war jedoch durchaus gewollt.

Die Eröffnungsrede hielt kein Geringerer als Axel Föhl, Begründer der Industriedenkmalpflege in Deutschland und Sprecher der bundesweiten Arbeitsgruppe Industriedenkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Deutschland (VDL). Seit 1992 hat er einen Lehrauftrag für Industriedenkmalpflege und Baugeschichte an der TU Braunschweig, seit 1974 ist er im Rheinischen Amt für Denkmalpflege zuständig für Industriedenkmale. "Exempla docent - die Beispiele lehren" ist sein Motto für den Erhalt und die Wiedernutzung historischer Industriebauten.

Die Ausstellung zeigt aus jedem Bundesland zwei Beispiele für die gelungene Umnutzung alter Industrie- und Technikbauten, so z. B. aus Niedersachsen die Fagus-Schuhleistenfabrik (Alfeld/Leine) und den Leuchtturm "Roter Sand". Ob Hüttenwerke, Ziegeleien, Schlachthöfe, Zechen, Mühlen, Brotfabriken, der Phantasie für eine moderne Nutzung sind keine Grenzen gesetzt. Vorbilder für die Umnutzung der Südzentrale, auch ähnlich in Alter und Architektur, wären zwei Elektrizitätswerke - eines von 1900 in Halle (heute VW-Zentrum), eines in Bamberg von 1901 (heute VHS). Was im Ruhrgebiet oder in den östlichen Bundesländern mit ähnlich schwacher Wirtschaftsstruktur wie in Wilhelmshaven machbar, spricht auch finanzierbar ist, daran sollten doch unsere hiesigen Macher und sonst so überzeugten Visionäre nicht scheitern. Föhl sieht die Blockade nur im Denken, und er ermutigte die Anwesenden, nicht locker zu lassen, bis diese aufgelöst ist. "Guckt

doch wenigstens mal hin!", so sein Appell an die (überwiegend unanwesenden) Entscheidungsträger, "woanders geht's doch auch." Was geht, zeigen auch Beispiele in Wilhelmshaven: Ein Pumpwerk wurde Kulturzentrum, eine Kammgam-Spinnerei Museum, eine Torpedowerft zum Wattenmeerhaus. Föhls großer Wunsch: "Einmal wieder nach Wilhelmshaven zu kommen und eine neu genutzte Südzentrale zu sehen." Seine fachliche Unterstützung ist den Initiatoren gewiss.

### Vogel Strauß? Klappt nicht

Derzeit ist es leider nicht möglich, mit den Eigentümern der Südzentrale (ein Unternehmen mit Sitz bei Osnabrück) zu sprechen - sie verweigern schlichtweg die Kommunikation. Es wurde jedoch deutlich, dass die Stadt trotzdem nicht untätig bleiben muss. Zum einen ist die vor über zwei Jahren vom Eigner beantragte und vom städtischen Denkmalschutz erteilte Abrissgenehmigung mittlerweile abgelaufen und müsste neu beantragt werden. Dabei müssten aber neue Erkenntnisse berücksichtigt werden, wie auch Frau Becker von der unteren Denkmalbehörde bestätigte. Damals galt der Erhalt als nicht wirtschaftlich, heute liegt aber ein detailliertes Finanzierungskonzept vor, das von Fachleuten erstellt

wurde - die Rechtsgrundlage "nicht wirtschaftlich" für den Abriss ist also nicht mehr automatisch gegeben. Ein weiterer Hebel, den Eigentümern Druck zu machen, so Föhl, ist deren Verpflichtung, ein denkmalgeschütztes Gebäude zu unterhalten und zu pflegen, was sie nicht tun - geschweige denn, die Sicherheit zu gewährleisten. Auch hier könnte die Stadt ihnen Dampf unterm Hintern machen - wenn sie denn wollte.

Als "unanständig" bezeichnete auch Bernd Michael Vangerow, Ortskurator der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, das Verhalten des Eigentümers: "Der meldet sich nicht mal - das ist der Hammer!" Föhl bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der Bund als ehemaliger Eigentümer das Gebäude überhaupt aus der Hand gegeben hatte. Auch Wolfgang Neß vom Landesamt für Denkmalpflege kritisierte, dass der Verkauf erfolgte, ohne dass ein Konzept für die Nachnutzung vorgelegt wurde.

Stets muss die Südzentrale auch als historisches Ensemble zusammen der KW-Brücke gesehen werden, für deren Erhalt die Stadt sich sehr engagiert. Sie wäre gut beraten, Fördermittel aus der Denkmalpflege auch fachlich korrekt für eben dieses Ensemble zu beantragen, sonst könnte das nach hinten los gehen - dann gäbe es auch für die Brücke keine Zuschüsse.

### Es tut sich was

Der Wilhelmshavener Architekt Hannes Griesemann, der das Forum fachlich unterstützt, berichtete von einem konstruktiven Gespräch mit dem Stadtplanungsamt, das er ausdrücklich lobte. Ein Schreiben des Bauamtes an den Eigentümer ist unterwegs. Mehrfach ließ SPD- und Ratsvorsitzender Norbert Schmidt in der Tagespresse verlautbaren, er werde sich zukünftig im Rat für den Erhalt der Südzentrale einsetzen. Und im "integrierten städtischen Entwicklungs- und Wachstumskonzept", das jüngst vom Rat verabschiedet wurde, ist ausdrücklich auch die Südzentrale aufgeführt - zusammen mit der KW-Brücke. Vorgesehen ist eine Förderung als historisches Erbe durch das für 2009 vorgesehene Förderprogramm "Städtischer Denkmalschutz".

In diesem Jahr wird der 100. Geburtstag der KW-Brücke groß gefeiert. Unter den oben genannten Vorzeichen könnte Corinna Janssens größter Wunsch doch noch in Erfüllung gehen: Im Jahre 2011 den 100. Geburtstag der Südzentrale ebenso gebührend zu feiern. □

### Exempla docent: Das E-Werk in Bamberg

Das Elektrizitätswerk in Bamberg wurde 1901-05 an der Donau im barockisierenden Stil errichtet. Dazu gehörten ein zweigeschossiger Verwaltungs-, Magazin- und Akkumulatorenbau, ein Kessel- und ein Maschinenhaus. Die Denkmalfeststellung 1977 erfolgte zunächst im Dissens mit der Stadt, die den Abbruch beschloss. Erst heftiger Widerstand aus der Bevölkerung mit spektakulären Aktionen (u. a. Hausbesetzung) und Fachgutachten verschiedener Gremien führten 1983 zur Rücknahme des Abbruchbeschlusses - "eine nicht zu unterschätzende historische Tat des Stadtrates". 1986-88 wurde das Gebäude zur städtischen Volkshochschule umgebaut. In die Maßnahme flossen Mittel

der Städtebauförderung (ca. 80%), des Bundes, des Landes und der Denkmalpflege. Die Kosten waren im Ergebnis niedriger als für einen vergleichbaren Neubau.

Das Maschinenhaus wurde unter Erhaltung der alten Kranbahn und der ehemaligen Schaltbühne zum Veranstaltungssaal umgebaut.

"Die 'Volkshochschule im alten E-Werk' hat mit dem Umbau des heute unbezweifelten Denkmals nicht nur das seit Jahren ersehnte und funktionsgerechte, sondern auch würdige und repräsentative Domizil erhalten, das heute im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert ist." (Quelle: Neuer Nutzen in alten Industriebauten. Dreißig Jahre Industriedenkmalpflege in Deutschland. Hrsg.: VDL Arbeitsgruppe Industriedenkmalpflege)

## JWP: Beschwörungsformeln für den Baubeginn

**(jm) Zahlreiche Hürden stehen dem Baubeginn des JadeWeserPorts (JWP) im Wege. Über acht Klagen muss erst noch gerichtlich entschieden werden:**

- ◆ der Bauvergabestreit zwischen den Firmen Bunte und Hochtief
- ◆ die Klage gegen die bergrechtliche Genehmigung der Sandentnahme aus der Jade für die Aufspülung des Hafenkörpers
- ◆ die Klage gegen die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses zum Bau des JWP
- ◆ mehrere Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss von Privatpersonen, Verbänden und der WRG.

Damit nicht genug:

Die zukünftige Betreiberin des JWP – die Firma Eurogate – hat die Erweiterung ihres Betriebsgeländes auf dem aufzuspülenden Hafengroden beantragt. Dadurch rückt der Containerstellplatz des Terminals näher an Voslapp bzw. das Vogelschutzgebiet Voslapper Groden Süd heran. Das könnte auch auf die Umladezonen für Straßen- und Gleistransporte zutreffen. Die Höhe der Erweiterungsfläche über Wasser muss zudem an das Terminal-Niveau angeglichen werden. Diese Änderungen wirken sich auf die Belastungen mit Lärm, Staub, Abgasen und Licht aus. Die dem Planfeststellungsbeschluss zu Grunde gelegten Immissionsprognosen für Voslapp bzw. das Vogelschutzgebiet Voslapper Groden müssen also überarbeitet werden. Außerdem benötigt man für die Aufhöhung der Erweiterungsfläche zusätzlichen Sand. Auch hier ist noch unklar, ob das genehmigte Sandentnahmevermögen aus der Jade dafür ausreicht, den zusätzlichen Bedarf zu decken. Zur Zeit läuft dazu lediglich die Einwendungsfrist für

- ◆ die 55. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven – Sonderbaufläche Jade Weser Port

sowie der

◆ Bebauungsplan Nr. 210 – Jade Weser Port/Containerterminal an. Die Unterlagen sind vom 30. Juli bis zum 14. September im Technischen Rathaus einsehbar. Die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort hat sich in dieser Angelegenheit bereits an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest sowie das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie mit dem Antrag auf Durchführung von Planänderungsverfahren mit öffentlicher Beteiligung gewandt.

Noch zwei weitere Änderungen müssen durchgeführt werden:

- ◆ Der Kühlwasseraustausch des Kraftwerks soll nun doch wegen der problematischen Strömungsveränderungen durch den JWP geändert werden.
- ◆ Der strömungsabschirmende Verbau der Niedersachsenbrücke soll von der Landseite auf die Seeseite verlegt werden.

Eigentlich kann das nur bedeuten, dass der Planfeststellungsbeschluss aufgehoben wird und wieder in das Planfeststellungsverfahren mit Änderungsanträgen eingetreten werden muss. Denn alle diese Änderungen wirken sich auf die Umwelt aus. Es gibt allerdings in keinem dieser Fälle einen Termin für die öffentliche Erörterung.

Diese Gemengelage ficht die Protagonisten des JWP jedoch nicht an, ständig neu zu versichern, dass noch in diesem Jahr mit dem Bau des Containerhafens begonnen wird. Der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring setzt sogar noch eins drauf: Er erklärte, dass mit dem Bau noch in diesem Jahr begonnen wird und gibt sich optimistisch, die auf das Jahr 2007 befristeten EU-Fördermittel „...in Höhe von 50 Millionen Euro noch in diesem Jahr in Anspruch nehmen zu können“. (WZ, 26.07.07) Dem sich abzeichnenden Debakel soll offenbar mit Beschwörungsformeln abgeholfen werden.



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



**Versuch  
macht klug**

**BAVARIA KRUG**

Betreutes Trinken  
in der Südstadt!

Wilhelmshavens Dreckschleuder? – das Kohlekraftwerk auf dem Heppenser Groden

**WWW.BASU-WHV.DE WILHELMSHAVENS BÜRGER -PORTAL**

**24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT**

**WIRD WILHELMSHAVEN BALD MEHR KOHLEKRAFTWERKE HABEN, ALS ANDERE STÄDTE WINDRÄDER?**

*Das Kohlekraftwerke Dreckschleudern sind und wesentlich zum Klimawandel beitragen pfeifen sogar die Berliner Umweltspatzen schon von den Dächern. Sicher ist auch das der Grund dafür, dass viele Städte und Gemeinden eine Ansiedlung solcher Kraftwerke nicht mehr zulassen. Was andere schon längst verinnerlicht haben, ist in Wilhelmshaven aber noch lange nicht angekommen!...*

**...NEU AUF DEM WILHELMSHAVENER BÜRGER-PORTAL UND IN DER BELIEBTHEITSSKALA GANZ WEIT OBEN IST DIE RUBRIK: VIDEOS – BEWEGENDE BILDER – NEU AUCH DES-**

**HALB, WEIL KOMMUNALPOLITIKER PLÖTZLICH 24 STUNDEN ONLINE SIND UND SIE SICH SELBST HÖREN UND SEHEN KÖNNEN – WAS MANCHES MAL ENTSETZEN UND KOPFSCHÜTTELN BEI BE-TRACHTER HERVORRUFT...INFORMIEREN UND ENGAGIEREN SIE SICH FÜR IHRE GRÜNE SAUBERE STADT WILHELMSHAVEN!...Besuchen Sie ruhig einmal unsere Bürgersprechstunden, jeden 1. und 3. Montag eines Monats in der Ruscherei. WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH UND IHR ENGAGEMENT!**

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

BILDUNG. ARBEIT. SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

**BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!**



## Aus der Schule geplaudert

# WOW!

Na, dass ich das noch erleben darf! "Norbert Schmidt kritisiert gegliedertes Schulsystem", lese ich in der WZ am 26.07.07. Er sagt es nicht direkt, aber zwischen den Zeilen klingt die Forderung nach einer gemeinsamen Beschulung aller Kinder durch. "Das gegliederte Schulsystem sei nicht durchlässig genug", heißt es da, und: "Die CDU/FDP-Landesregierung wolle sich den Chancen der ‚Gemeinsamen Schule‘ nicht stellen." Und auch Karin Evers-Meyer, ebenfalls SPD, fordert: "Alle Kinder, ob behindert oder nicht, müssten gleichberechtigt unter einem Dach unterrichtet werden." (WZ, 12.06.07) Und "die SPD erklärte, das Konzept der ‚Neuen Schule‘ (Forderung der Landes-Grünen nach Einführung der gemeinsamen Schule bis zur Klasse 9 bis 2016) gehe in die richtige Richtung." (WZ, 13.06.07)

Da fallen mir die endlosen Diskussionen mit Sozialdemokraten vor 30, 35 Jahren ein, in der sie mir immer wieder detailliert "bewiesen" haben, dass und warum die Forderung nach der Einheitsschule falsch ist und dass ich spinne. So ändern sich die Zeiten!

Und wie war das vor der letzten Landtagswahl, als die SPD noch hoffte, die Regierung weiterhin stellen zu können? Da war doch auch von einer Schullehre die Rede... Ach ja, da sollten statt der Orientierungsstufe Förderstufen an die allgemein bildenden Schulen angegliedert werden. Eigentlich nicht viel anders als das, was Busemann uns dann besichert hat. Wie gesagt, die Zeiten ändern sich.

Und der Sinneswandel der SPD in dieser Frage brauchte ja auch seine Zeit. Manchmal geht so etwas auch schneller. Und manchmal passieren komische Sachen.

**Doppelter Salto rückwärts oder List?**

Da spricht Werner Biehl (Bündnis 90/Die Grünen) in der Ratssitzung am 18. Juli über Schulen hier und anderswo und sagt: "In Finnland sind knapp 60 Prozent der Schulen kleiner als 50 Schüler, auf dem Lande aufgeteilt in 9 Jahrgänge. Die Klassen haben dort eine Stärke von 3 – 6 Kindern, Kombiklassen sind dort völlig normal und werden nicht diskutiert." Er geißelt die Tatsache, dass das Land Niedersachsen mit seinen finanziellen Mitteln und seinen von ihm zugewiesenen Lehrerstunden bestimmt, was pädagogisch sinnvoll sei, kritisiert, dass für Grundschulen die Zweizügigkeit als Mindestmaß für gute pädagogische Arbeit gesetzt wird – nennt zwingende Argumente gegen das Grundschulzentrum Rheinstraße. Und dann erklärt er, dass eben dieses Grundschulzentrum Rheinstraße notwendig sei und dass er dafür stimmt. Hmm... Doppelter Salto rückwärts? Oder ganz besondere List?

Vor seiner Erklärung für das Grundschulzentrum führte Biehl aus: "Die Eltern haben in den letzten Wochen mit den Füßen abgestimmt, welches Schulsystem sie für zukunftsfähig halten. Und es sind nicht die normalen Elemente des dreigliedrigen Schulsystems

gewesen, die angesteuert wurden. Ganztagschule, integratives Schulsystem, mehrjähriges Zusammenbleiben, soziale Entwicklung über die Adoleszenz hinaus, musische und kulturelle Schwerpunkte – das waren die Präferenzen." Hintergrund war die große Zahl von Anmeldungen für die IGS (269 aus Wilhelmshaven und 128 aus Friesland bei nur 180 Plätzen).

Biehl weiter: "Dafür brauchen wir Schulen, die diese Optionen entwickeln und ausgestalten können, wo Platz ist für ein Ganztagsprogramm, wo eine Küche installiert werden und eine Mensa vorgehalten werden kann. Wo Platz ist, dass die Kinder deutlich mehr als 4 Jahre zusammenleben können."

Aha. "Jamaika" hat das Grundschulkonzept (gegen den eindeutigen Willen des Stadtelternrates) durchgesetzt, um eine dreizügige Grundschule zu bekommen – und die Grünen als Teil von "Jamaika" haben dabei überhaupt keine dreizügige Grundschule, sondern eine ein- bis zweizügige Gesamtschule von Klasse 1 bis 9 im Hinterkopf? Wirklich listig!

### Und sonst? Sparsamkeit ...

Bei all der schulpolitischen Aufregung in Wilhelmshaven in den letzten Wochen kann man fast vergessen, was es sonst noch so gab in Niedersachsens Schullandschaft. Da hat Bernd Busemann "mehr Lehrer für die Ganztagschulen" versprochen (WZ, 10.07.07), was irre gut klingt, aber lächerlich ist, nachdem inzwischen 546 niedersächsische Schulen einen Ganztagsbetrieb fahren, aber bislang keine einzige zusätzliche Lehrerstunde bekommen haben.

Außerdem will Busemann "Kinder vor Übergewicht schützen", dafür aber nicht die fehlende 3. Wochenstunde Sport rausrücken sondern "zusätzliche Angebote" durch "enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen", u.a. "von Sport- und Gesundheitsexperten begleitete Aktionstage an den Schulen", ermöglichen. (WZ, 05.07.07)

### ... und ein Schock

Und es gab die zentralen Abschlussprüfungen. Mit einem riesigen Flop an den Haupt-, Real- und Gesamtschulen (10. Klasse), wo die zentralen Matheprüfungen so katastrophal ausgefallen sind, dass "50.000 Schüler in Niedersachsen bessere Zensuren" bekommen mussten (WZ, 26.06.07): Alle Noten in der Matheprüfung an den Realschulen mussten um eine Stufe angehoben werden, weil die Prüfung, irgendwo im Kultusministerium ausgeheckt, deutlich über dem Leistungsniveau lag. Das ist für sich genommen schon witzig genug. Noch witziger jedoch war Busemanns Reaktion: Er nannte dieses Fiasko einen "heilsamen Schock" für die Schüler!

Klar hatten die RealschülerInnen einen Schock, als in der Matheprüfung eine Aufgabe aus der gymnasialen Oberstufe drankam, aber warum "heilsam"? Das könnte doch wohl eher für den Kultusminister gelten – doch "heilsam" ist ein Schock ja nur dann, wenn man etwas daraus lernt. Und damit rechne ich bei Busemann eher nicht.

**Anette Nowak**

# Mütter Zentrum

**Werftstr. 45  
Tel. 506 106**

*Wir suchen für die  
freiwillige Mitarbeit im  
Mütterzentrum des  
SOS-Kinderdorf e.V.  
engagierte  
Frauen,  
die ihre Lebenserfahrungen  
und ihre Kompetenzen  
gemeinsam mit anderen  
Frauen in die  
Weiterentwicklung der  
Angebote für Jung und Alt  
einbringen wollen. Wichtig  
ist uns die Fähigkeit, auf  
Menschen zuzugehen,  
Teamgeist und die  
Bereitschaft, das Geben  
und Nehmen im SOS-  
Mütterzentrum aktiv zu  
unterstützen.  
Sind Sie zum Beispiel eine  
ausgebildete Schneiderin  
mit kreativen Ideen und  
möchten ihre Fähigkeiten  
gerne an andere weiterge-  
ben, dann sind sie bei uns  
richtig.*

*Wir freuen uns  
auf Sie!  
Rufen Sie uns an  
oder kommen  
einfach mal vorbei!*

**Öffnungszeiten**

## Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

## Anzeige

# linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

## Eine Personalie

Am 27. Juni bekam eines unserer Mitglieder per Email die Kopie eines Schreibens von BASU-Sprecher Joachim Tjaden an den Oberbürgermeister und den Ratsvorsitzenden, in dem der Austritt des Rats Herrn Gerold Tholen aus der LAW und der LAW-Ratsfraktion mitgeteilt wurde. Weiter stand in dem Brief, dass Tholen sich der BASU angeschlossen habe, die fortan "BASU/Tholen" heiße. Später am selben Tag meldete sich die "Wilhelmshavener Zeitung" bei unserem Rats Herrn Johann Janssen mit der Bitte um eine Stellungnahme zum Wechsel Tholens zur BASU.

Als wir am Abend zu unserem turnusmäßigen Mitgliedertreffen in unser Büro kamen, fanden wir dort Gerolds Austrittserklärung im Briefschlitz vor. Die Gründe für diesen seinen Schritt hat Gerold uns weder in seiner Austrittserklärung noch danach mitgeteilt. Gegenüber einer Reihe von Mitgliedern seiner (und Johanns) Partei DIE LINKE nannte er am 1. Juli "innerfraktionelle Schwierigkeiten" als Gründe für seinen Austritt; Vergleichbares war auch am 28. Juni in der "WZ" zu lesen.

Dass Johann Janssen nun als "Einzelkämpfer" im Rat tätig sein wird, wie es in dieser "WZ"-Meldung hieß, stimmt zum Glück nicht. Wir arbeiten ihm zu und unterstützen ihn von außerhalb des Rates, jede und jeder von uns so gut, wie sie oder er kann.

Schwieriger wird die Ratspolitik - wie

**"Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte eine kurze Stellungnahme zum Austritt von Herrn Tholen aus der LAW zugunsten einer Gruppenbildung mit der BASU abgeben. Dieser Vorgang ist ja in Wilhelmshaven nicht neu oder ungewöhnlich. Wir haben das schon häufiger hier erlebt, dass jemand, der für eine Partei oder Wählergemeinschaft in den Rat gewählt wurde, aus dieser Partei austrat, sein Mandat aus dieser Partei aber mitnahm in die neue Gruppierung. Das ist formaljuristisch zwar legal, nach dem Demokratieverständnis der meisten Menschen dürfte es aber als undemokratisch empfunden werden. Die LAW und besonders ich bedauern diesen Vorgang sehr, denn er beschädigt nicht nur die beteiligten Parteien und Personen, sondern vor allem die Demokratie."**

**Johann Janssen in der Ratssitzung vom 18. Juli**

auch die außerparlamentarische kommunale Politik – der LAW jedoch auf jeden Fall werden. Bisher hatte unsere Fraktion ein Grundmandat in allen Ausschüssen des Rates. Gerold Tholen hat davon sieben, Johann Janssen neun wahrgenommen. "Grundmandat" heißt, wir durften an den Ausschusssitzungen teilnehmen, saßen mit am Tisch und durften mitreden, wenn auch nicht mit abstimmen.

Diese Rechte – wie auch unser Sitz mit Stimmrecht im Finanzausschuss – sind unserem Rats Herrn jetzt genom-

men. Uns verbleibt lediglich ein Grundmandat in einem Ausschuss. Außerdem geht mit dem Verlust des Fraktionsstatus eine erhebliche finanzielle Einbuße einher, was es uns schwierig machen wird, unser Büro zu halten.

Diese Schwierigkeiten werden uns nicht davon abhalten, eine linke Kommunalpolitik zu machen. Reden darf Johann im Rat, und er wird es auch weiterhin tun. Die Informationen, die er natürlich nicht alle alleine einholen kann, werden wir ihm liefern können, indem wir als BesucherInnen zu Ausschusssitzungen gehen und auf anderen Wegen recherchieren.

**Offenes Mitgliedertreffen  
jeden Mittwoch 19.30 Uhr**

**Ab September:**

**BürgerInnensprechstunde  
jeden 1. Donnerstag im Monat,  
18.00 Uhr**

**Kommunalpolitischer  
Arbeitskreis jeden**

**1. Donnerstag im Monat,  
19.30 Uhr**

**Frühstück/Frühshoppen jeden  
1. Sonntag im Monat  
ab 11.00 Uhr**

**Alle Termine im LAW-Büro,  
Rheinstraße 96**

**Spenden an die LAW auf das  
Konto 1453216, LzO,  
BLZ 280 501 00**

WählerInnengemeinschaft für  
Arbeit und soziale Gerechtigkeit  
linke alternative wilhelmshaven

Gemeinsam stark  
für soziale Gerechtigkeit!

**Unregelmäßig** erscheint immer noch der Gegenwind. Das liegt nun nicht daran, dass den Macherinnen und Machern des Gegenwind die Themen fehlen oder in Wilhelmshaven nichts Berichtenswertes mehr geschieht. Die Ursache ist ganz einfach, dass unsere Finanzdecke im Moment etwas dünn ist, denn die Mitgliederentwicklung und die Neugewinnung von Anzeigenkunden verlief nicht besonders erfreulich und die Mehrwertsteuererhöhung bekamen wir auch zu spüren. Nun sind wir natürlich emsig dabei, neue Anzeigenkunden und neue Fördermitglieder zu gewinnen – doch das ist im armen Wilhelmshaven gar nicht so einfach.

Wenn Sie wollen, dass der Gegenwind bald wieder monatlich bläst – füllen Sie den nebenstehenden Zettel aus und schicken ihn an uns.

Wir bedanken uns bei den Bürgerinnen und Bürgern, die unserem Aufruf im letzten Gegenwind gefolgt sind und Fördermitglied wurden und bei unseren neuen Anzeigenkunden. Sie sorgen nun mit dafür, dass in Wilhelmshaven nichts unter den Teppich gekehrt werden kann.

Einen besonderen Dank wollen wir aber auch den vielen Mitgliedern und Anzeigenkunden aussprechen, die uns z.T. seit Jahrzehnten verbunden sind. (hk)



**Ich möchte sofort ein  
GEGENWIND-Förderabo!!**

Vorname.....

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Wohnort:.....

Geburtsdatum:.....

Telefon:.....

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von

EURO ..... (mind. 4 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem

Konto:.....Bank:.....Bankleitzahl:.....

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort:.....

Datum: .....

Unterschrift:.....



Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen  
Absenden an: GEGENWIND, Adolfstr. 21, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an:  
gegenwind.whv@t-online.de